

ifo Dresden berichtet

Kommentar

- *Gerlinde und Hans-Werner Sinn*
Vorsprung verspielt

Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Stefan Arent und Wolfgang Nagel*
Binnenwanderungssalden der sächsischen Landkreise
- *Anna Montén und Christian Thater*
Belastungsanalyse der Unternehmen durch kommunale Abgaben
- *Stefan Arent und Johannes Steinbrecher*
Bedeutung regionaler Standortfaktoren für das Wachstum am Beispiel Sachsen-Anhalts
- *Volker Nitsch und Nikolaus Wolf*
Zur Dauerhaftigkeit von Handelsbarrieren:
Evidenz von der deutsch-deutschen Wiedervereinigung

Im Blickpunkt

- *Christian Thater und Johannes Steinbrecher*
Aktualisierung der Einnahmeprojektion für den Freistaat Sachsen bis zum Jahr 2025: Krise wirkt nach

17. Jahrgang (2010)
Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e. V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,
Telefon: 0351 264760, Telefax: 0351 26476-20
E-Mail: dresden@ifo.de
Internet: <http://www.ifo-dresden.de>
Redaktion: Joachim Ragnitz
Technische Leitung: Katrin Behm
Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Bezugspreis jährlich: 25,00 €
Preis des Einzelheftes: 5,00 €
Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten
Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.
Grafik Design: © ifo Institut München
Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):
Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung
eines Belegexemplares.

ifo Dresden berichtet 5/2010

Kommentar

- Vorsprung verspielt – Eine Anmerkung zum zwanzigsten Jahrestag der deutschen Vereinigung** 3
Gerlinde und Hans-Werner Sinn

Aktuelle Forschungsergebnisse

- Binnenwanderungssalden der sächsischen Landkreise** 5
Stefan Arent und Wolfgang Nagl

Individuen und Haushalte verlagern ihren Lebensmittelpunkt neben sozialen Komponenten vor allem aufgrund ökonomischer Überlegungen. Ostdeutschland sieht sich seit Jahren einer kontinuierlichen, oft wirtschaftlich induzierten, Abwanderung gen Westen gegenüber. Am Beispiel Sachsens wird gezeigt, welchen Herausforderungen die Wanderung auf Ebene der Landkreise mit sich bringt. In 2008 wiesen lediglich Chemnitz, Dresden und Leipzig positive Wanderungssalden gegenüber den übrigen Bundesländern auf. Dabei wirken die sächsischen Ballungsräume sowohl auf junge, als auch auf alte Personen anziehend. Bei der erwerbstätigen Bevölkerung verzeichnet lediglich Leipzig einen positiven Saldo. Den Flächenlandkreisen ist gemein, dass dort vor allem junge Menschen und Personen im erwerbsfähigen Alter abwandern, was die Herausforderungen des demographischen Wandels dort noch weiter verstärkt.

- Belastungsanalyse der Unternehmen durch kommunale Abgaben** 11
Anna Montén und Christian Thater

Der vorliegende Beitrag analysiert anhand von Musterunternehmen in den Branchen Verarbeitendes Gewerbe, (büroasierte) Dienstleistungen, Einzelhandel sowie Gastronomie die regionalen Belastungsunterschiede von Unternehmen in den Kommunen des Kammerbezirkes der IHK zu Leipzig. Hierbei wird jeweils eine Differenzierung nach den der amtlichen Statistik zugrundeliegenden Unternehmensgrößen vorgenommen sowie zwischen Personenunternehmen und Kapitalgesellschaften unterschieden. Im Ergebnis zeigt sich, dass die Gewerbesteuer für Kapitalgesellschaften aller untersuchten Größenklassen die größte Einzelbelastung darstellt. Personenunternehmen sind durch die gültigen Freibetragsregelungen hierdurch weniger stark betroffen. Auch zwischen den Unternehmensgrößenklassen lassen sich deutliche Belastungsunterschiede identifizieren, die überwiegend aus abweichenden Produktions- sowie Kosten- und Erlösstrukturen der Unternehmen resultieren.

- Bedeutung regionaler Standortfaktoren für das Wachstum am Beispiel Sachsen-Anhalts** 21
Stefan Arent und Johannes Steinbrecher

Im Hinblick auf die Analyse wirtschaftlicher Wachstumsfaktoren stellt sich immer wieder die Frage nach regionalen Strukturunterschieden und deren Konsequenzen auf die Wachstumspotenziale einzelner Regionen. Am Beispiel von Sachsen-Anhalt wird dargestellt, wie regionale Standortfaktoren die Entwicklung in einzelnen Kreisen beeinflusst haben. Dazu werden neben einer Shift-Share-Analyse auf Kreisebene regionale und überregionale Wachstumsfaktoren dargestellt und diskutiert. Die Analyse zeigt, dass sich die sachsen-anhaltischen Kreise in Bezug auf die Standort- und Regionalfaktoren teilweise erheblich voneinander unterscheiden. Ein Großteil der differenzierten wirtschaftlichen Dynamik wird durch diese regionalen Unterschiede erklärt. Darüber hinaus wird deutlich, dass Sachsen-Anhalt in vielen Bereichen der weichen Standortfaktoren Aufhol- und Verbesserungspotenzial besitzt bzw. vor großen Herausforderungen steht, allem voran im Bereich Humankapitalbildung und -bindung sowie der Innovationstätigkeit der Unternehmen. Große Fortschritte wurden hingegen in den letzten Jahren im Bereich der regionalen und überregionalen Vernetzung der ansässigen Unternehmen erzielt. Dieser Standortfaktor setzt, zusammen mit der

recht ausgewogenen Betriebsgrößenstruktur, gute regionale Wachstumsimpulse und sollte weiter vorangetrieben werden, um Kooperationen zu intensivieren.

Zur Dauerhaftigkeit von Handelsbarrieren: Evidenz von der deutsch-deutschen Wiedervereinigung

28

Volker Nitsch und Nikolaus Wolf

Mit dem Fall der Berliner Mauer verschwanden auch sämtliche administrativen Barrieren. Aus zwei zuvor getrennten Gebieten wurde quasi über Nacht ein Wirtschaftsraum. Die Ökonomen hatten dabei die nahezu einzigartige Möglichkeit, die Reaktion von Wirtschaftssystemen auf umfangreiche und unerwartete Veränderungen der Rahmenbedingungen zu untersuchen. In der aktuellen Untersuchung werden diese Erfahrungen speziell für den internationalen Handel angewendet. Aus den Ergebnissen lässt sich schließen, dass die weiterhin große Bedeutung politischer Grenzen für den Handel wohl nicht in erster Linie auf politisch intendierte Barrieren zurückzuführen ist, sondern vielmehr auf anderen, tieferen Einflussfaktoren basiert. Im Umkehrschluss deuten die Resultate darauf hin, dass der Einfluss politischer Eingriffe auf den Handel wohl beschränkt ist. Offensichtlich braucht es eine geraume Zeit, bevor politische Integration auch tatsächlich in eine entsprechend spürbare wirtschaftliche Integration mündet, da Netzwerke erst allmählich wachsen müssen.

Im Blickpunkt

Aktualisierung der Einnahmeprojektion für den Freistaat Sachsen bis zum Jahr 2025

31

Christian Thater und Johannes Steinbrecher

Die Finanzpolitik im Freistaat Sachsen steht trotz konjunktureller Belebung noch immer vor großen Herausforderungen: Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise belasten massive Steuerausfälle nach wie vor den Landeshaushalt. Der vorliegende Artikel diskutiert den Einfluss des gegenwärtigen wirtschaftlichen Umfelds auf die langfristige Entwicklung der sächsischen Landeseinnahmen. Trotz der verbesserten konjunkturellen Lage liegen die Landeseinnahmen im Jahr 2010 noch immer deutlich unter dem Niveau des Jahres 2009, wenngleich diese Differenz geringer ausfällt als vor einem Jahr prognostiziert. Folglich fällt auch der langfristige Einnahmerückgang etwas geringer aus. Dennoch ist nach der aktuellen Prognose bis zum Jahr 2025 noch immer ein erheblicher realer Einnahmerückgang um 18 % im Vergleich zu 2009 zu erwarten.

Daten und Prognosen

Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das zweite Quartal 2010

33

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

35

Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest

37

Aus der ifo Werkstatt

ifo Veranstaltungen

40

ifo Vorträge

40

ifo Veröffentlichungen

41

ifo intern

42

Vorsprung verspielt – Eine Anmerkung zum zwanzigsten Jahrestag der deutschen Vereinigung

Gerlinde Sinn und Hans-Werner Sinn*

20 Jahre politische Vereinigung sind Anlass zum Jubeln, 20 Jahre falsch konzipierte Wirtschaftspolitik Anlass zum Grübeln. Das Primat der Politik gegenüber den ökonomischen Gesetzen führte bei der Vereinigungspolitik zu absehbaren Problemen. Jetzt wollen viele die Dinge schönreden. Aber wo endet ein Land, das nicht einmal in der Lage ist, die Realität zu erkennen?

Oft wird darauf hingewiesen, dass in den neuen Ländern das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf bei 73 % des Westniveaus angekommen ist. Das stimmt zwar, gibt aber ein verzerrtes Bild. Der Einschluss Westberlins und der mit westlichen Steuergeldern aufgeblähten Löhne der Staatsbediensteten suggerieren mehr Konvergenz, als wirklich stattfand. Das privat erzeugte BIP pro Einwohner auf dem Gebiet der Ex-DDR liegt heute bei gerade mal 65,8 % des Niveaus von Westdeutschland inklusive Westberlin.

Hinter den Zahlen verbirgt sich ein Strukturwandel, der durch ein Wachstum der Industrie, insbesondere im Hochtechnologiebereich, bei gleichzeitiger Schrumpfung der überdimensionierten Bauwirtschaft gekennzeichnet ist. Das kann man als Pluspunkt anführen. Eine gesunde Wirtschaft verfügt aber nicht nur über innovative Wirtschaftszweige, sondern brummt in der Fläche, auch bei tausenden von einfacheren Tätigkeiten, die sich weniger für Hochglanzbroschüren eignen. Die 65,8 % sind nun einmal eine Aggregatzahl, die alles zusammen erfasst. Und selbst diese Zahl gibt ein übertrieben optimistisches Bild, weil sie zu etwa 60 % lokale Dienstleistungen enthält, deren Preise aufgrund einer durch Westtransfers künstlich erhöhten Nachfrage zustande kamen.

Leider ist die anfangs rasche Konvergenz bereits vor eineinhalb Jahrzehnten zum Stillstand gekommen, als viele Förderprogramme eingestellt wurden. Die geringfügige Erhöhung, die beim Vergleich der Pro-Kopf-Größen seit dieser Zeit zu verzeichnen war, ist allein durch die Verringerung der Zahl der Köpfe im Osten entstanden. Die ostdeutsche Bevölkerung ging seit Öffnung der Grenzen um etwa 2,3 Millionen zurück. Von dem Rückgang sind über 1,7 Millionen, also etwa zehn Prozent der Bevölkerung, auf innerdeutsche Wanderungsprozesse zurückzuführen. Noch in den Jahren seit 1995 schrumpfte die Bevölkerung um mehr als 1,1 Millionen oder etwa 7 1/2 %. Währenddessen waren die Wachstumsraten des BIP für beide Landesteile praktisch identisch, und verharren gemeinsam auf dem zweitniedrigsten Niveau in ganz Europa bis hin zum Ural.

Eine starke Konvergenz ist bislang nur bei den Realeinkommen zu verzeichnen, die sich aus selbst verdientem Einkommen und staatlichen Transfereinkommen zusammensetzen. Die ostdeutschen Realeinkommen liegen nach Schätzungen des ifo Instituts im Schnitt nun schon bei etwa 85 % des Westniveaus. Die realen gesetzlichen Renten liegen gar bei 126 %. Aber dies ist das Ergebnis der Transferunion, die man geschaffen hat. Knapp 1,2 Billionen € sind bislang in die neuen Bundesländer geflossen, die Transfers nach Ost-Berlin noch nicht gerechnet. Ein Sechstel davon wurde durch den Solidaritätsbeitrag finanziert. Der weitaus überwiegende Teil kam zustande, indem der Westen den Gürtel enger geschnallt und die öffentliche Verschuldung nach oben katapultiert hat. Noch heute liegen die jährlichen Nettotransfers an die neuen Länder ohne Ostberlin in der Größenordnung von 60 Milliarden € im Jahr.

Grotesk ist, dass von diesen 60 Milliarden zuletzt die Hälfte wieder als Netto-Kapitalexport aus den neuen Ländern heraus floss. Offenbar sind die Standortbedingungen nicht so, dass das Geld vor Ort investiert werden kann.

Der entscheidende Grund für die ganze Misere liegt in den anfänglichen Fehlern der Lohnpolitik. Die westdeutschen Konkurrenten der ostdeutschen Betriebe und der ostdeutschen Arbeitnehmer hatten mit Billigung der Politik noch vor der Privatisierung die Weichen für eine rasche Lohnangleichung gestellt, indem sie sich selbst zu Verhandlungspartnern in den neuen Ländern erklärten. Es galt, die Japaner und all die anderen potenziellen Investoren aus dem Ausland abzuwehren, die schon in den Startlöchern saßen. Die Treuhandanstalt, die ja eigentlich das ehemals volkseigene Vermögen vor der Entwertung durch Lohnsteigerungen hätte schützen müssen, sah dem verantwortungslosen Treiben tatenlos zu.

Nach der Privatisierung versuchten sich die ostdeutschen Unternehmen von den Fesseln der Tarifbindung zu befreien, aber das war ein schwieriger und langwieriger Prozess, weil es Nachwirkungsfristen gab und weil Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe im Gefolge der

* Prof. Dr. Dr. h. c. Hans-Werner Sinn ist Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, München. Seine Frau Gerlinde Sinn ist Dipl.-Volkswirtin und hat schon mehrfach gemeinsam mit ihrem Mann zum Thema „Deutsche Wiedervereinigung“ publiziert.

frühen Tariflohnanhebung hohe Lohnuntergrenzen einzogen. Im Übrigen tat die Politik das Ihre, diese Lohnuntergrenzen durch eine Angleichung der Sozialsysteme zu erhöhen. Erst die Agenda 2010 hat im Jahr 2004 eine Kehrtwende bei der Lohnentwicklung herbeigeführt, indem die Existenzsicherung in Deutschland ein Stück weit vom Lohnersatz auf den Lohnzuschuss umgestellt wurde.

Aber da war es bereits zu spät, weil inzwischen die anderen Länder des ehemaligen Ostblocks in die EU integriert waren und die besseren Standortbedingungen boten. Der Vorsprung von 13 Jahren, den die neuen Länder bei der Integration in die Westmärkte hatten, wurde durch die deutsche Lohn- und Sozialpolitik leichtfertig verspielt. Kein Wunder, dass Slowenien die neuen Länder beim Kaufkraftwert des privat erzeugten BIP pro Einwohner schon erreicht hat und Tschechien gerade zum Überholvorgang ansetzt. Mehr und mehr osteuropäische Länder werden wohl in den kommenden Jahren an den neuen Bundesländern vorbeiziehen.

Gerechtfertigt wurde die Lohndrängerei mit dem Hinweis auf die Abwanderungsgefahr. Aber ein gewisses Maß an frühzeitiger Abwanderung wäre keine Gefahr gewesen, sondern geradezu ein Segen. Selbst unter günstigen Voraussetzungen konnte niemand damit rechnen, dass schon in kurzer Zeit genug neue Arbeitsplätze für

alle Arbeitnehmer der neuen Länder hätten geschaffen werden können. Was sollten die arbeitslosen Arbeitnehmer, die man im Osten halten wollte, eigentlich bis zum Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft dort tun? Eine temporäre Beschäftigung im Westen wäre sicher besser gewesen als das Warten und Däumchendrehe im Osten, das die Politik mit ihren Sozialtransfers, die zu Bleibepremien mutierten, induziert hatte.

Ohne den Westeinfluss auf die Löhne wären die Investoren in Scharen gekommen, hätten Arbeitsplätze geschaffen und hätten die Löhne sehr rasch erhöht, ähnlich wie man es in anderen Niedriglohnländern, die in die EU integriert wurden, hat beobachten können. Vermutlich wären die Löhne in den neuen Ländern heute höher, und sicherlich gäbe es sehr viel mehr Arbeitsplätze. Eine nachlaufende Lohnentwicklung, die politisch möglich gewesen wäre, wenn sie von einer Beteiligung der neuen Bundesbürger an ihrem ehemaligen volkseigenen Vermögen begleitet worden wäre, hätte eine höhere Wachstumsrate und schließlich auch ein höheres Niveau der Löhne ermöglicht. Viele Arbeitnehmer wären wieder zurückgewandert, sodass es heute per saldo mehr Einwohner in den neuen Ländern gäbe.

Drehtüren blockieren, wenn man drängelt. Nur wer geduldig ist, kommt ans Ziel. Da hilft auch das dumme Gerede vom Primat der Politik nicht im Geringsten.

Binnenwanderungssalden der sächsischen Landkreise

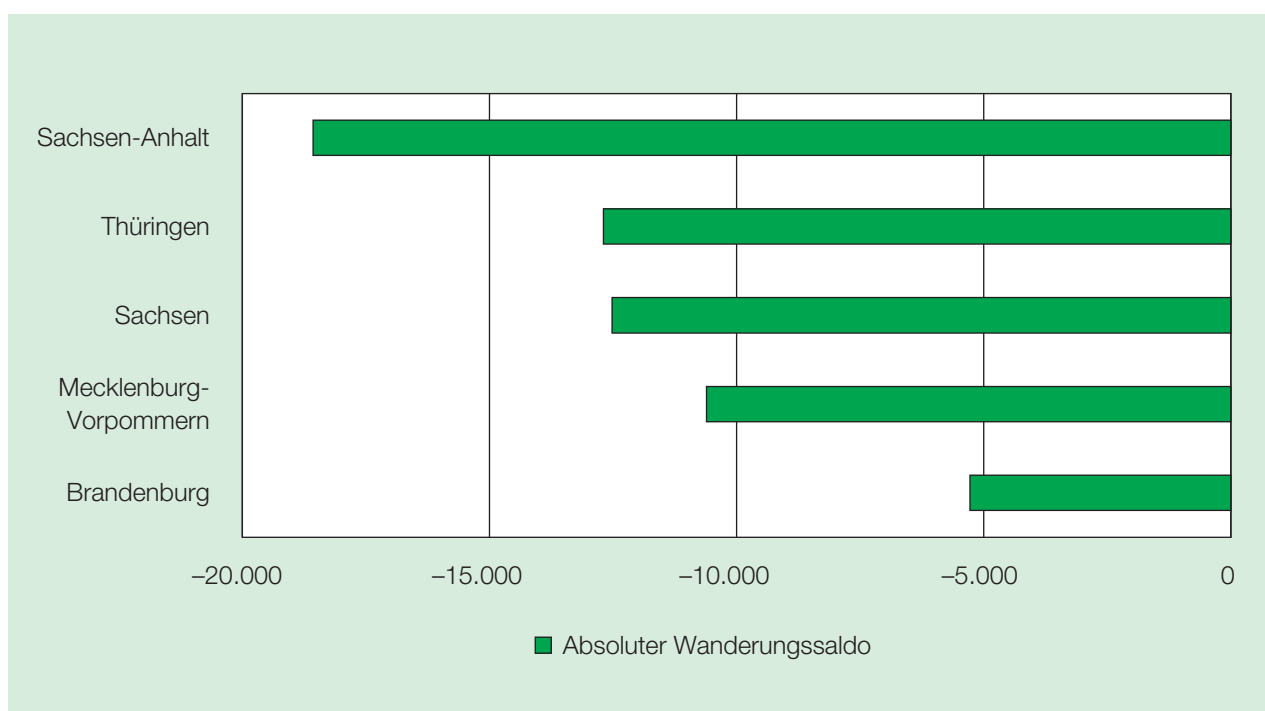
Stefan Arent und Wolfgang Nagl*

Die Wanderungsbewegungen innerhalb der Bundesrepublik sind schon länger Untersuchungsgegenstand intensiver wissenschaftlicher Forschung verschiedenster Fachbereiche. Viele Forschungsinstitute und Fachbereiche befassen sich ausschließlich mit diesem Themengebiet und gehen dabei der Frage nach: Was bewegt Menschen dazu, ihren Wohnort zu verlagern und damit ihren Lebensmittelpunkt neu festzulegen? Für einzelne Individuen und Haushalte spielen neben sozialen Komponenten dabei vor allem ökonomische Überlegungen eine wichtige Rolle. Die einzelnen Bundesländer sind sehr unterschiedlich von Wanderungsbewegungen betroffen. Während für Ostdeutschland in den zwei letzten Jahrzehnten ein kontinuierlicher Bevölkerungsrückgang zu beobachten ist, welcher neben dem Geburtenrückgang vor allem auf wirtschaftlich induzierte Abwanderung gen Westen zurückgeführt werden kann, profitieren die westdeutschen Länder durch die Zuwanderung von Personen und damit Arbeitskräften. Die Abbildungen 1 und 2 zeigen dies anhand der absoluten und relativen Wanderungssalden der ostdeutschen Flächenländer.

Dargestellt sind die Salden aus Zu- und Abwanderung der ostdeutschen Flächenländer in absoluten Werten sowie je 100.000 Einwohner. Dabei zeigt sich, dass alle ostdeutschen Länder, wie schon in den Jahren zuvor, eine Abwanderung zu verkraften haben [vgl. Булик (2008)]. Sachsen-Anhalt (-18.566), Thüringen (-12.693) und Sachsen (-12.519) verloren durch Fortzüge 2008 am deutlichsten an Einwohnern. Die Relation verschiebt sich jedoch erheblich bei Berücksichtigung der Einwohnerzahl, da Länder mit einer höheren Bevölkerung und gleichen Bedingungen tendenziell auch mehr absolute Fortzüge zu verzeichnen haben. Fließt dies in die Berechnung ein, stellt sich die Situation in Sachsen als nicht ganz so dramatisch dar. Nur Brandenburg verliert weniger Einwohner, was zum Großteil der Tendenz zu verdanken ist, dass sich mehr und mehr Menschen im „Berliner Speckgürtel“ niederlassen.

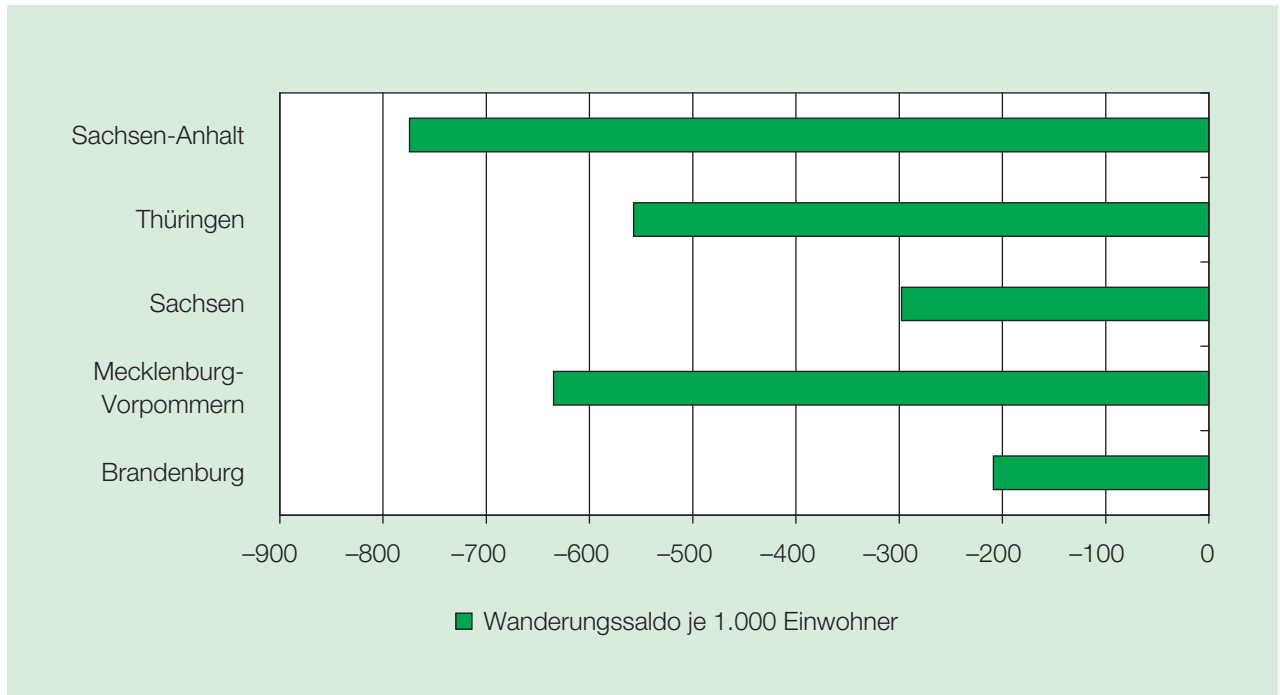
* Stefan Arent und Wolfgang Nagl sind Doktoranden der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts.

Abbildung 1: Absoluter Wanderungssaldo der ostdeutschen Flächenländer 2008



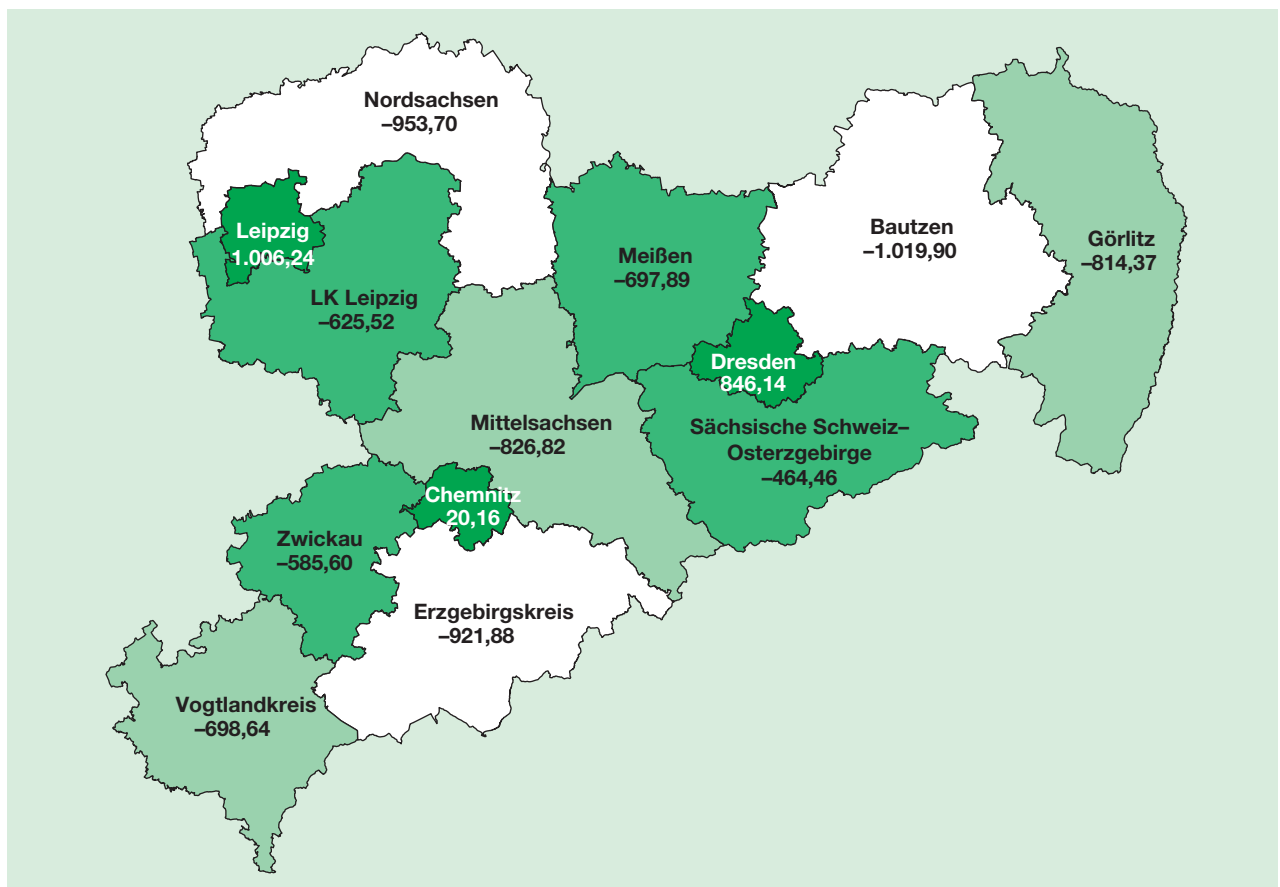
Quelle: Wanderungsstatistik 2008, Darstellung ifo Institut.

Abbildung 2: Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner der ostdeutschen Flächenländer 2008



Quelle: Wanderungsstatistik 2008, Darstellung ifo Institut.

Abbildung 3: Wanderungssaldo je 100.000 Einwohner für die sächsischen Kreise 2008



Quelle: Wanderungsstatistik 2008, Darstellung ifo Institut.

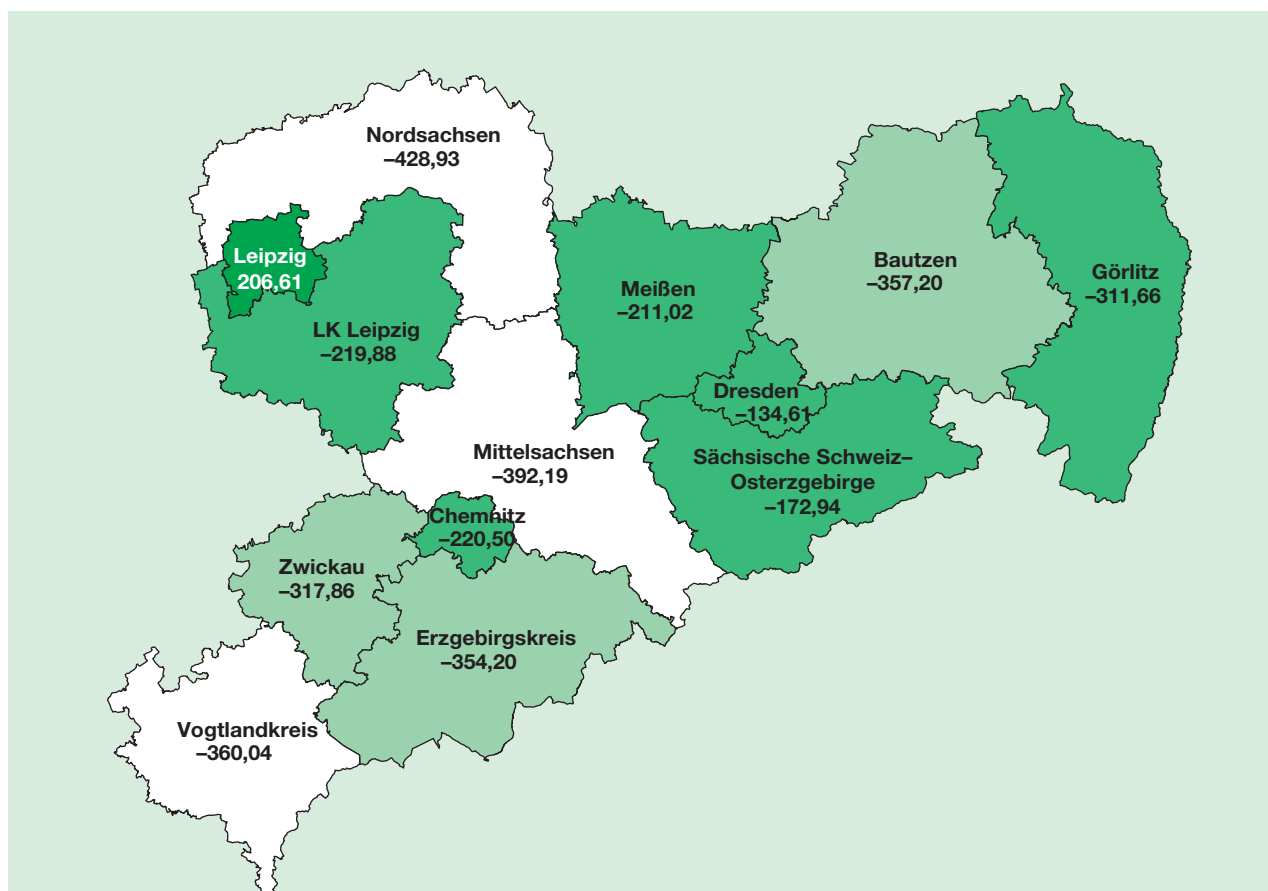
Um ein differenzierteres Bild für Sachsen zeichnen zu können, erfolgt nun eine Analyse der Wanderungssalden der einzelnen sächsischen Kreise. Dies soll Aussagen darüber liefern, welche Kreise besonders stark von der Abwanderung in andere deutsche Länder betroffen sind, und welche, gegen den Trend, Zuwanderung attrahieren können. In Abbildung 3 sind die Wanderungssalden für die sächsischen Kreise gegenüber den übrigen Ländern für das Jahr 2008 dargestellt. Um die Vergleichbarkeit zu verbessern, wurden wiederum die Salden auf 100.000 Einwohner normiert.

Es zeigt sich, dass bis auf die kreisfreien Städte Dresden, Leipzig und Chemnitz alle sächsischen Landkreise einen negativen Wanderungssaldo aufweisen. Leipzig und Dresden haben ein Plus von 1.006 bzw. 846 Zuzügen je 100.000 Einwohner. In Chemnitz ist dies nahezu ausgeglichen. Besonders starke Abwanderungen verzeichnen die Landkreise Erzgebirgskreis (-922), Nordsachsen (-953) und Bautzen (-1.020). Diese, in der Tendenz eher negativen Salden werden vor allem durch die Abwanderung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter induziert, welche aufgrund besserer beruflicher Perspektiven in andere,

vornehmlich westdeutsche Bundesländer umzieht. Deutlicher wird dies, wenn man die Karte der sächsischen Kreise nur für Personen im Alter von 25 bis 55 Jahren betrachtet (vgl. Abb. 4).

Es zeigt sich hierbei, dass nur noch Leipzig mit 206 Zuzügen je 100.000 Einwohner einen positiven Wert verzeichnet. Alle anderen sächsischen Kreise sowie die kreisfreien Städte Dresden (-135) und Chemnitz (-221) weisen einen negativen Wanderungssaldo auf. Dies bedeutet, dass diese Kreise allesamt Personen verlieren, die tendenziell erwerbsfähig sind. Ein eindeutiges Muster ist dabei nicht zu erkennen, da sieben von zehn Landkreisen (ohne die kreisfreien Städte) ein Minus von über 300 Personen je 100.000 Einwohner verzeichnen und diese regional über den ganzen Freistaat verteilt sind. Jedoch zeigen drei von fünf Landkreisen, in direkter Nachbarschaft zu Dresden oder Leipzig, etwas geringere Abwanderungssalden. Dies ist sicher durch die etwas entspanntere Jobsituation in den Ballungsräumen zu erklären, wodurch ein ökonomisch bedingter Wegzug unwahrscheinlicher wird. Auch erfolgt wohl ein Zuzug von Personen, die in den Ballungsräumen arbeiten, aber lie-

Abbildung 4: Wanderungssaldo der 25- bis 55-Jährigen je 100.000 Einwohner für die sächsischen Kreise 2008



Quelle: Wanderungsstatistik 2008, Darstellung ifo Institut.

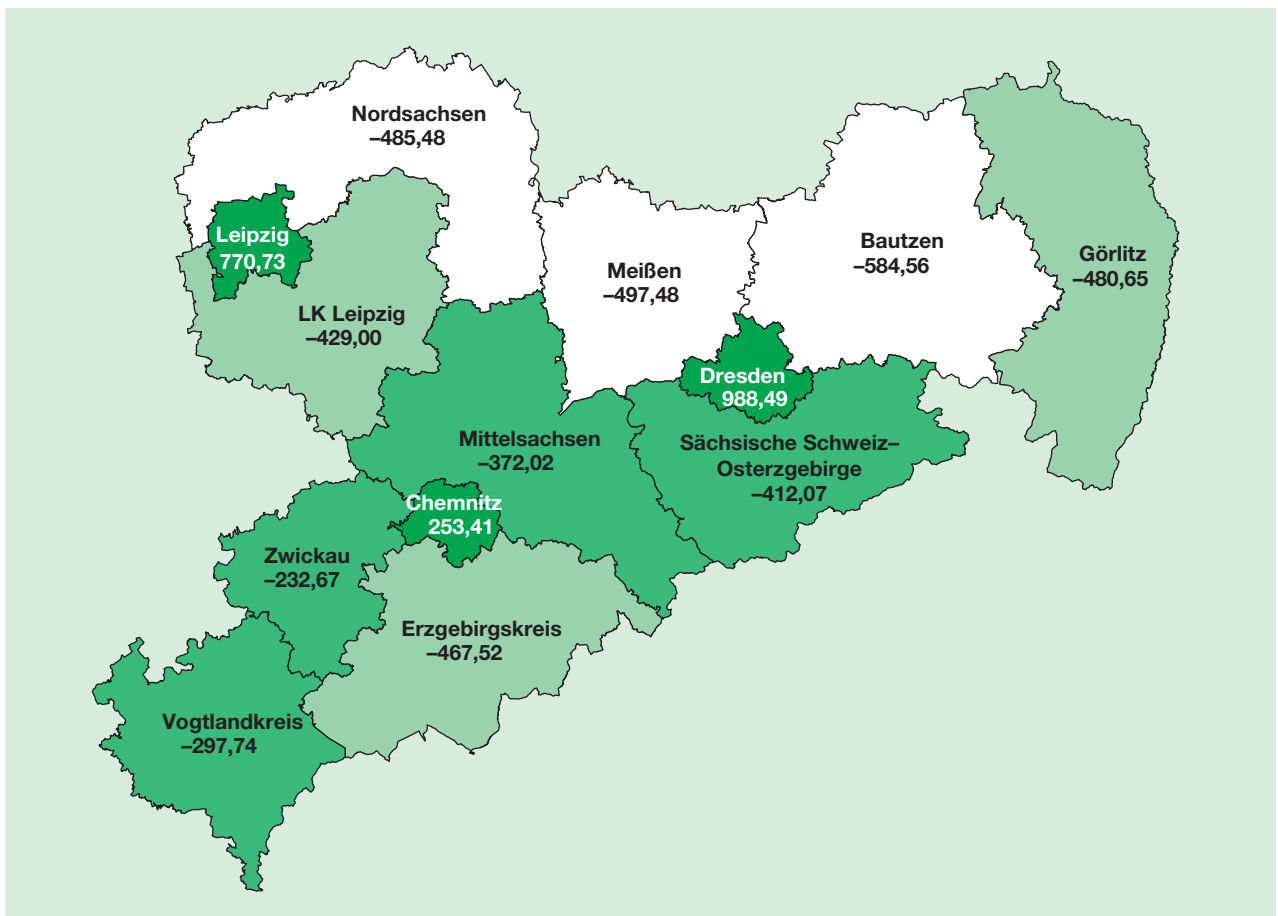
ber im grüneren Umland wohnen. Leider lassen die Daten der Wanderungsstatistik keine kausale Untersuchung der Wanderungsbewegungen zu, allerdings bleibt zu vermuten, dass der überwiegende Teil der Fortzüge durch wirtschaftliche Überlegungen erfolgt. Vor allem Personen im erwerbsfähigen Alter ziehen auf der Suche nach besseren beruflichen Perspektiven in andere Bundesländer. Vor allem strukturschwache Landkreise, abseits von Ballungsräumen, scheinen hiervon betroffen zu sein. Wie Abbildung 2 zeigt, unterscheidet sich jedoch das Bild zwischen den Wanderungssalden für alle Zu- und Fortzüge von jenem der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Hintergrund hierbei sind vor allem Personen- bzw. Altersgruppen, bei denen die Wohnortwahl nicht unmittelbar durch die Situation am Arbeitsmarkt getrieben wird. Dies betrifft also junge Personen, welche ihre Berufsausbildung erst beginnen müssen bzw. vor dem Eintritt ins Berufsleben stehen, und alte Personen, die ihre Erwerbsleben weitestgehend abgeschlossen haben. Im Folgenden sollen diese Altersgruppen genauer betrachtet werden.

Die Attraktivität der Großstadt für junge Leute

Zunächst soll das Augenmerk auf die Altersgruppe zwischen 15 und 25 Jahren gelegt werden. Für einen signifikanten Teil der Wanderung in dieser Alterskohorte sind Studenten verantwortlich, die zu Beginn ihres Studiums ihren Lebensmittelpunkt in eine Hochschulstadt verlagern. Die Wanderungssalden je 100.000 Einwohner für jene Altersgruppe sind in Abbildung 5 dargestellt.

Es zeigt sich eindrucksvoll, dass in die großen sächsischen Hochschulstandorte (Chemnitz, Dresden, Leipzig) junge Menschen zuziehen, die ihr Studium bzw. ihre Ausbildung aufnehmen. Am stärksten ist der Zuzug je 100.000 Einwohner in Dresden (+989) und Leipzig (+771). Aber auch Chemnitz verzeichnet mit 254 Zuzügen je 100.000 Einwohner noch ein deutliches Wanderungsplus in dieser Alterskohorte. Dem entgegen sehen sich alle anderen Kreise einer massiven Abwanderung der 15- bis 25-Jährigen gegenüber. Am stärksten ist davon der Landkreis Bautzen betroffen. Hier wanderten 2008 pro 100.000 Einwohner 586 junge

Abbildung 5: Wanderungssaldo der 15- bis 25-Jährigen je 100.000 Einwohner für die sächsischen Kreise 2008



Quelle: Wanderungsstatistik 2008, Darstellung ifo Institut.

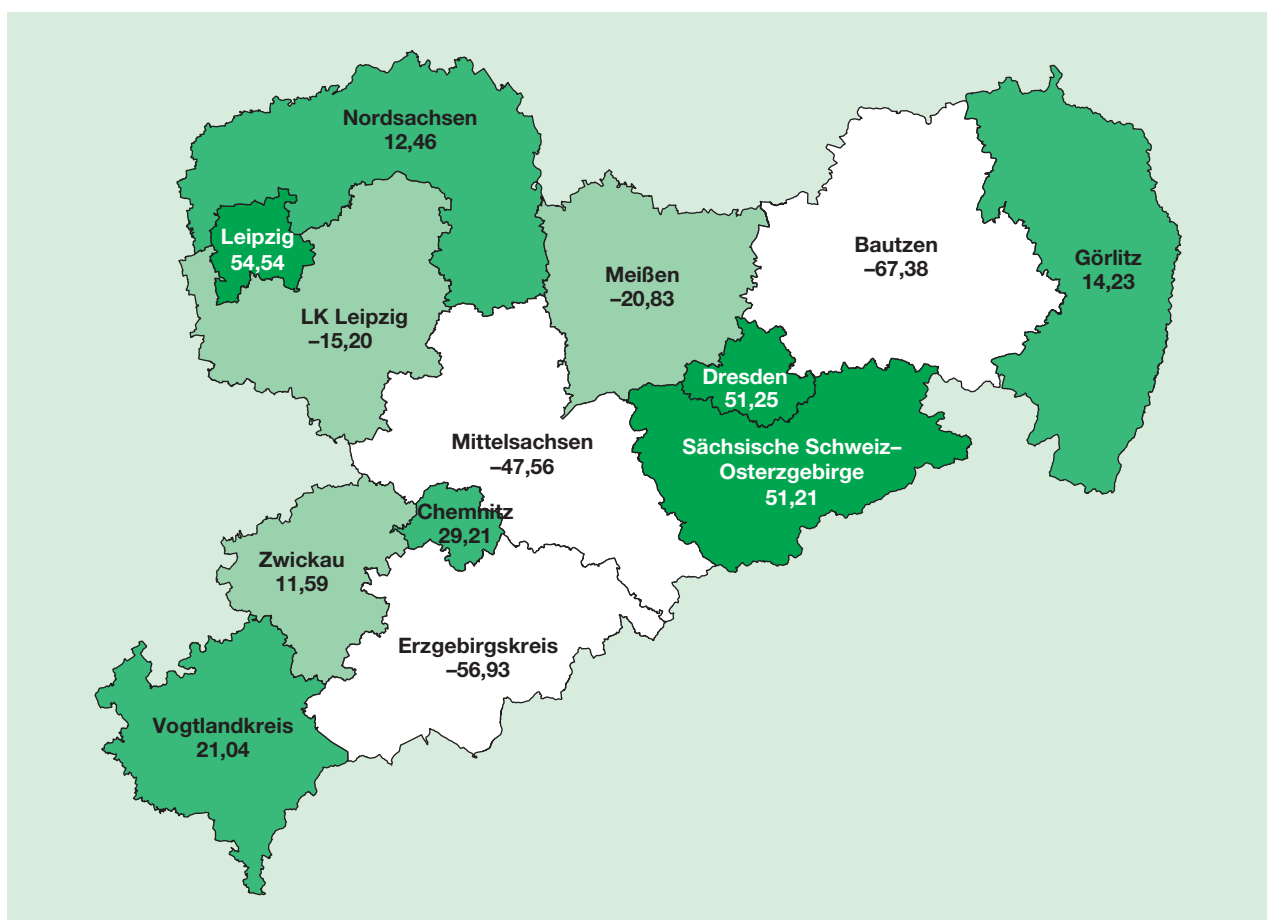
Menschen ab. Neben Bautzen ist die Abwanderung auch besonders stark im Erzgebirgskreis sowie in den Kreisen Görlitz, Meißen und Nordsachsen. Getrieben ist die Wanderung junger Menschen vor allem durch die Aufnahme einer Ausbildung bzw. eines Studiums, welches ihnen in den ländlichen Gebieten nicht möglich ist. Chemnitz und Dresden sehen sich der Situation gegenüber, dass sie zwar viele junge Menschen zur Ausbildung anziehen, aber diese nicht langfristig in der Stadt halten können. Den hohen Zuzugsraten bei den 15- bis 25-Jährigen stehen dabei die negativen Wanderungssalden der 25- bis 55-Jährigen gegenüber. Lediglich Leipzig weist in beiden Alterskohorten positive Wanderungssalden auf. Getrieben werden die „junge“ Zuwanderung und die „erwerbsfähige“ Abwanderung wohl hauptsächlich von zwei Fakten. Zum einen sind die zugewanderten Studenten zu einem signifikanten Prozentsatz innerdeutsche Bildungsmigranten, die lediglich wegen ihres Studiums nach Sachsen kommen, dann aber wieder in ihre Ursprungsregionen zurückkehren, oder in einer anderen

Region Deutschlands ihren Berufseinstieg finden. Zum anderen teilen Graduierte das Schicksal aller 25- bis 55-Jährigen. Auch wenn sie aus persönlichen und sozialen Gründen gerne in ihrer Studienstadt bleiben möchten, sind sie auch aus ökonomischen Gründen zum Wandern gezwungen.

Beschaulich und komfortabel: die Wohnortwahl der Senioren

Neben den jungen Menschen stellen auch die Personen, die ihr Erwerbsleben schon großteils hinter sich haben, eine interessante Gruppe dar. Dies gilt besonders vor dem Hintergrund des demographischen Wandels mit seiner sich verändernden Gesellschaftszusammensetzung und des steigenden Altersarmutrisikos [vgl. KRENZ et al. (2009a & 2009b)]. Abbildung 6 zeigt die Wanderungssalden für die über 55-Jährigen aus den sächsischen Kreisen zu allen anderen Bundesländern in 2008. Es wurden hierbei nicht direkt die

Abbildung 6: Wanderungssaldo der über 55-Jährigen je 100.000 Einwohner für die sächsischen Kreise 2008



Quelle: Wanderungsstatistik 2008, Darstellung ifo Institut.

über 65-Jährigen gewählt, da davon ausgegangen werden kann, dass Umzüge in diesem Alter nur noch selten vorgenommen werden. Hingegen ist es eher denkbar, dass Personen, welche kurz vor dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben stehen, sich einen passenden und angenehmen Altersruhesitz suchen, bevor sie in den Ruhestand gehen.

Eine klare Tendenz lässt sich aus der Abbildung 6 nicht ablesen. Die knappe Mehrheit der sächsischen Kreise weist zwar einen positiven Wanderungssaldo bei den über 55-jährigen Personen auf, demgegenüber stehen aber auch fünf Kreise mit negativen Salden. Am stärksten ist die Abwanderung je 100.000 Einwohner in Bautzen (-68) und im Erzgebirgskreis (-57). Den größten Zuzug verzeichnen wiederum Dresden (+52) und Leipzig (+55). Einer der Hauptgründe für die positiven Wanderungssalden der Großstädte dürfte die sehr gute Bereitstellung von altersgerechter Versorgung (Arztdichte, Pflegedienste und -einrichtungen etc.) und öffentlichen Gütern (Theater, Bibliotheken, öffentlicher Personennahverkehr etc.) sowie die relative Nähe dazu sein. Dies kann vermutlich einen großen Teil des Zuzugs erklären. Der zweite wichtige Aspekt ist wohl die innerdeutsche Rückmigration am Ende der Erwerbstätigkeit. Ein Teil der Alterskohorte der heute über 55-Jährigen wanderte nach der Wiedervereinigung aus ökonomischen Gründen nach Westdeutschland. Es ist denkbar, dass einige am Ende ihres Erwerbslebens nach Sachsen zurückkehren. Die Wanderungssalden der Älteren werden auch durch den Befund von KUBIS und SCHNEIDER (2008) gestützt. Diese führen u. a. aus, dass ältere Zuwanderer vor allem von Kultur- und Naturaspekten angesprochen werden. Abschließend bleibt festzuhalten, dass die Wanderung der älteren Bevölkerung weit geringer ist als bei der jüngeren Bevölkerung. Dies spiegelt die geringere Mobilität der Alten wieder. Jedoch sollte die Altersgruppe bei Wanderungsbewegungen zukünftig stärker berücksichtigt werden, da der Anteil dieser Personengruppe durch den demographischen Wandel zunehmen wird. Damit steigt tendenziell auch die absolute Zahl an „Altersmigranten“ an.

Fazit

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass Sachsen insgesamt einen negativen Wanderungssaldo aufweist und lediglich die drei größten sächsischen Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig gegen den Trend einen positiven Wanderungssaldo aufweisen. Die differenzierte Betrachtung der Wanderung nach verschiedenen Alterskohorten liefert unterschiedliche Ergebnisse. Während per saldo sowohl junge als auch alte Personen in die drei Ballungsräume Sachsens zuziehen, erreicht bei der erwerbstätigen Bevölkerung lediglich Leipzig einen positiven Saldo. Die ländlicher geprägten Landkreise verlieren weiterhin vor allem junge Menschen und Personen im erwerbsfähigen Alter. Bei älteren Personen weisen sie allerdings teilweise einen positiven Wanderungssaldo auf. Vor dem Hintergrund einer alternierenden Bevölkerung wird zukünftig auch das Wanderungsverhalten der älteren Bevölkerung von herausgestelltem Interesse sein. Dabei könnte auch das zunehmende Altersarmutsrisiko eine bestimmende Determinante sein.

Literatur

- BUBIK, M. (2008): Kräftige Zuwanderung von Frauen aus den neuen Bundesländern nach Baden-Württemberg seit der Wiedervereinigung, Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 4/2008, Stuttgart.
- FORSCHUNGSDATENZENTRUM DER STATISTISCHEN LANDESÄMTER (Hrsg.) (2008): Wanderungsstatistik (EVAS 12711), On-Site-Zugang, Dresden.
- KUBIS, A. und L. SCHNEIDER (2008): Zuwanderungschancen ostdeutscher Regionen, *Wirtschaft im Wandel* 10, S. 377–381.
- KRENZ, S.; NAGL, W. und J. RAGNITZ (2009a): Is There a Growing Risk of Old-Age Poverty in East Germany, *Applied Economics Quarterly Supplement* 55 (60), S. 35–54.
- KRENZ, S. und W. NAGL (2009b): A Fragile Pillar: Statutory Pensions and the Risk of Old-age Poverty in Germany, *FinanzArchiv*, erscheint demnächst.

Belastungsanalyse der Unternehmen durch kommunale Abgaben

Anna Montén und Christian Thater*

Im interkommunalen Standortwettbewerb spielen die öffentlichen Abgaben (u. a. Gewerbesteuerhebesätze, Ver- und Entsorgungsgebühren, Sondernutzungsgebühren) eine wichtige Rolle. Auf der einen Seite dienen die damit verbundenen Einnahmen der Sicherung der finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen, was den Unternehmen durch ein verbessertes Angebot an wirtschaftsrelevanten Dienstleistungen und Infrastrukturen zugutekommen kann. Auf der anderen Seite stellen sie aber auch einen Kostenfaktor für die Unternehmen dar. Vor diesem Hintergrund hat die Dresdner Niederlassung des ifo Instituts im Auftrag der INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER (IHK) zu Leipzig die Belastung der Unternehmen in den Landkreisen Nordsachsen und Leipzig, der Stadt Leipzig sowie an anderen, ausgewählten Standorten Deutschlands durch kommunale oder kommunal induzierte Abgaben näher untersucht. Die wichtigsten Ergebnisse für die Region Leipzig werden im Folgenden präsentiert.

Um die Belastungen der Unternehmen durch kommunale oder kommunal induzierte Abgaben zu ermitteln, wurde auf „Musterunternehmen“ zurückgegriffen, die bestimmte, als typisch angesehene Produktions- und Kostenstrukturen aufweisen. Damit kann unabhängig von den konkreten Gegebenheiten vor Ort ermittelt werden, welche Rolle die betrachteten Abgaben für ein Unternehmen spielen. Dabei wird auf ausgewählte Wirtschaftsbereiche zurückgegriffen, die einen besonderen Beitrag zur Wertschöpfung im Kammerbezirk der IHK zu Leipzig leisten. Diese sind das verarbeitende Gewerbe, die (büro-basierten) Dienstleistungen, der Einzelhandel sowie die Gastronomie. Hierdurch kann die Tatsache berücksichtigt werden, dass Unternehmen verschiedener Branchen unterschiedlich stark durch bestimmte Abgaben belastet werden.¹ Die Musterunternehmen werden darüber hinaus in unterschiedliche Größenklassen unterteilt, um so mögliche Größeneffekte in der Produktion und damit der Belastung durch die Abgabensituation zu erfassen. Durch das gewählte Vorgehen ist es möglich, die Belastung der Unternehmen in den betrachteten Kommunen zu ermitteln und verschiedene Standorte hinsichtlich der Wirkung der Gesamtabgabenbelastung auf die Unternehmenstätigkeit zu vergleichen. Gleichwohl muss berücksichtigt werden, dass es sich bei den Musterunternehmen um Durchschnittsunternehmen handelt. Demnach sind Abweichungen der ermittelten Belastungen von

denen der tatsächlich ansässigen Unternehmen im Kammerbezirk der IHK zu Leipzig zu erwarten. Über alle Unternehmen sollte sich dieser Fehler jedoch ausgleichen.

Um die Belastungsanalyse durchführen zu können, werden zunächst die getroffenen Annahmen zur Konstruktion der Musterunternehmen abgeleitet sowie die verwendeten Daten vorgestellt. Anschließend werden die kommunalen Abgabensätze mit diesen Informationen verknüpft, um so die Belastungen zu ermitteln. Abschließend werden die Belastungsunterschiede und deren Einfluss auf die Standortattraktivität ausgewertet.

Konstruktion der branchenspezifischen Musterunternehmen²

Verarbeitendes Gewerbe

Hauptdatenquelle für die Konstruktion des Musterunternehmens des verarbeitenden Gewerbes ist die Kostenstrukturserhebung des Statistischen Bundesamtes für das verarbeitende Gewerbe im Jahr 2007 [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2009a)]. Darüber hinaus werden weitere Veröffentlichungen der amtlichen Statistik verwendet, welche die Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung [Input-Output-Tabellen, vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2009b)] und die detaillierten Jahresergebnisse der Inlandsproduktberechnung [STATISTISCHES BUNDESAMT (2009c)] umfassen. Die Daten der Kostenstrukturstatistik basieren auf einer repräsentativen Befragung von Unternehmen in den 26 zugrundeliegenden Wirtschaftszweigen (des verarbeitenden Gewerbes) nach der WZ-Klassifikation 2008. In der Erhebung werden die spezifischen Aufwendungen und Erträge der Unternehmen erfragt. Hiermit können die für Zwecke der Konstruktion eines Musterunternehmens relevanten Größen wie die Anzahl tätiger Personen, der Umsatz bzw. der Gewinn, sowie die Kosten für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie weitere Kosten (z. B. Sozialabgaben oder Ausgaben für Miete und Pachten) der Unternehmen ermittelt werden. Die Daten erlauben zusätzlich eine Differenzierung der Unternehmen nach verschiedenen Größenklassen (Anzahl der Mitarbeiter). Dies ermöglicht

* Anna Montén und Christian Thater sind als Doktoranden am ifo Institut, Niederlassung Dresden tätig.

die Berücksichtigung verschiedener Kostenstrukturen in den unterschiedlichen Betriebsgrößenklassen.

Bürobasierte Dienstleistungen

Analog zum Vorgehen zur Bestimmung der Musterunternehmen im verarbeitenden Gewerbe ist die Hauptdatenquelle für die bürobasierten Dienstleistungen die Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich des Jahres 2007. Die Strukturerhebungsdaten basieren auf einer repräsentativen Umfrage von über 600.000 Unternehmen in verschiedenen Dienstleistungsbereichen. Insbesondere beziehen sich die hier verwendeten Daten auf die folgenden fünf Bereiche: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienpersonal, Datenverarbeitung und Datenbanken, Forschung und Entwicklung sowie Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen. Die Unternehmen werden zu ihrer Umsatz-, und Personalsituation sowie zur Ertragslage befragt.

Gastronomie

Für die Musterunternehmen im Wirtschaftszweig Gastronomie werden die amtlichen Daten zum *Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus: Beschäftigte, Umsatz, Aufwendungen, Lagerbestände, Investitionen und Wertschöpfung im Gastgewerbe* [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2009b)] verwendet. Diese jährliche Datenerhebung schafft ein umfassendes Bild über das gesamte Gastgewerbe. Hieraus werden im Speziellen die Daten zur Gastronomie verwendet.

Einzelhandel

Die Angaben zum Einzelhandel stammen aus der Jahresstatistik des Statistischen Bundesamtes 2010 zum Wirtschaftsbereich Handel. Diese beinhalten Angaben zur Zahl der Unternehmen, zu den Beschäftigten, zum Umsatz und zu weiteren betriebs- und volkswirtschaftlichen Kennzahlen. Die Daten stehen für verschiedene Untergliederungen des Handels zur Verfügung. Für die Konstruktion des Musterunternehmens des Einzelhandels werden hauptsächlich die Angaben für den Wirtschaftszweig G „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“ verwendet.³

Belastungsanalyse der Unternehmen

Die aus den amtlichen Daten ermittelten Musterunternehmen bzw. deren Produktionsstrukturen können

genutzt werden, um die auftretende Belastung zu bestimmen. Hierbei wird im Folgenden nur auf solche Abgaben eingegangen, die in der laufenden Rechnung der Unternehmen erscheinen. Für die grafischen Auswertungen werden die ausgewählten Branchen für die drei Teilregionen im Kammerbezirk der IHK zu Leipzig (Stadt Leipzig, Landkreise Leipzig und Nordsachsen) untereinander verglichen. Hierbei wird eine Differenzierung nach den jeweils der amtlichen Statistik zugrundeliegenden Unternehmensgrößen vorgenommen. Die Ergebnisse werden sowohl für Kapitalgesellschaften als auch für Personenunternehmen ausgewiesen, da sich die Abgabenbelastungen in Teilen auch nach der Rechtsform richten (insbesondere gilt dies für die Gewerbesteuer). Es ist jedoch davon auszugehen, dass im verarbeitenden Gewerbe die überwiegende Zahl der Unternehmen als Kapitalgesellschaften organisiert ist. Anders herum dominieren im Bereich Gastronomie die Personenunternehmen. Für den Einzelhandel sowie die bürobasierten Dienstleistungen ist eine solch klare Aussage nicht möglich. Hier ist davon auszugehen, dass insbesondere die kleineren Unternehmensgrößenklassen jeweils als Personenunternehmen organisiert sind, während die größeren Unternehmen eher Kapitalgesellschaften sind. Anschließend erfolgt ein Vergleich der einzelnen Branchen untereinander.⁴

Intraregionaler Vergleich der Unternehmensgrößenklassen nach Wirtschaftszweig

Für den intraregionalen Vergleich wurden Städte mit mehr als 10.000 Einwohnern im Kammerbezirk der IHK zu Leipzig herangezogen und jeweils ihrem Landkreis zugeordnet. So lässt sich eine durchschnittliche Belastung der Unternehmen in den einzelnen Kreisen ermitteln. Die Belastungsanalyse zeigt, dass zwischen den Musterunternehmen verschiedener Größen innerhalb eines Wirtschaftszweigs deutliche Belastungsunterschiede zu erkennen sind. Darüber hinaus unterscheiden sich auch die vier Wirtschaftszweige in ihrer Belastung an einzelnen Standorten sehr stark voneinander. Dies ist auf die unterschiedlichen Produktionsstrukturen der Unternehmen und den daraus resultierenden Belastungen durch bestimmte Abgaben zurückzuführen. In den folgenden Abbildungen wird jeweils die Abgabenbelastung als Anteil des Umsatzes für die betrachteten Wirtschaftszweige abgetragen.

Verarbeitendes Gewerbe

Für die Unternehmen einer bestimmten Größenklasse ist die Belastung innerhalb der Region des Kammerbezirkes sehr ähnlich. Die Kapitalgesellschaften mit 20–249 Be-

schäftigten werden jeweils mit etwa 2–3 % des jährlichen Umsatzes am Höchsten durch Abgaben belastet. Die größeren Unternehmen (ab 250 Beschäftigten) werden in allen drei Teilregionen deutlich geringer belastet. Hier sind demnach Größenvorteile in der Produktion erkennbar (vgl. Abb. 1).

In allen Regionen und für alle Unternehmensgrößenklassen der Kapitalgesellschaften gilt, dass die Gewerbesteuer die größte Einzelbelastung darstellt. Durch die Absetzbarkeit der Gewerbesteuer bei Personenunternehmen ist die Gesamtbelastung dieser Unternehmen deutlich niedriger. In den Unternehmensgrößenklassen mit weniger als 249 Beschäftigten beträgt die Belastung in den Regionen zwischen 1 und 2 %.

Ein weiterer großer Abgabenblock entsteht durch die Restmüllbeseitigung. Neben diesen beiden Posten sind noch die Niederschlagswasserkosten sowie die Grundsteuer nennenswerte Abgaben im verarbeitenden Gewerbe. Die Gebühren der Abfallbeseitigung führen zu einer geringfügig höheren Belastung der Unternehmen in den Kommunen des Landkreises Nordsachsen im Vergleich zum Landkreis Leipzig und der Stadt Leipzig. Die anderen Abgaben spielen im verarbeitenden Gewerbe eine eher untergeordnete Rolle.

Bürobasierte Dienstleistungen

Die Gesamtbelastung für die jeweiligen Größenklassen der Kapitalgesellschaften ist zwischen den Kreisen Leipzig, Nordsachsen und der Stadt Leipzig relativ ähnlich. Die Abgabenbelastung der kleinen Kapitalgesellschaften ist überproportional stärker als die der größeren Kapitalgesellschaften. Auch hier zeigen sich wieder die bereits bekannten Größenvorteile. Personengesellschaften werden tendenziell geringer belastet als Kapitalgesellschaften, was auf die Zahlungen der Gewerbesteuer zurückzuführen ist. Für Personengesellschaften (Unternehmen mit weniger als 9 Beschäftigten) liegt die Abgabenbelastung, gemessen am Umsatz, unter 1 % in Leipzig und unter 0,5 % in den umliegenden Landkreisen. Die Belastung der größeren Kapitalgesellschaften (mit bis zu 100 Beschäftigten) beträgt ca. 2 % des Umsatzes in Leipzig sowie in den Vergleichskreisen (vgl. Abb. 2).

Diese Ergebnisse spiegeln die Unterschiede in den Gewerbesteuerhebesätzen wider, da diese den überwiegenden Teil der Belastung verursachen. Der Hebesatz ist in Leipzig mit 460 % deutlich höher als in den Kommunen der umliegenden Landkreise. Unabhängig von der Rechtsform und der betrachteten Region lässt sich jedoch festhalten, dass neben der Gewerbesteuer kaum weitere, relevante Abgaben im Dienstleistungssektor anfallen.

Gastronomie

Der Wirtschaftszweig Gastronomie besteht größtenteils aus kleinen Betrieben, weshalb die Vielzahl der Unternehmen in diesem Bereich als Personengesellschaft organisiert sein sollte. Die Gebühren der Abfallbeseitigung spielen hier eine relativ große Rolle. Hinzu kommt, dass in diesem Wirtschaftszweig Freisitzgebühren erhoben werden, was sich auf die Gesamtbelastung niederschlägt. Die Abgabenbelastung der Personenunternehmen ist in Leipzig im Vergleich zu den umliegenden Kreisen niedrig. Die Belastung liegt zwischen 2 % und 4 % des Umsatzes. Die großen Kapitalgesellschaften haben eine Belastung von 5 % in Leipzig bis ca. 6 % im Landkreis Nordsachsen. Für Kapitalgesellschaften in der kleinsten Größenklasse würde die Belastung zwischen 7 % und 8 % betragen, jedoch ist für diese Unternehmensgröße in der Gastronomie eine Organisation als Kapitalgesellschaft relativ unwahrscheinlich (vgl. Abb. 3).

Wie schon im verarbeitenden Gewerbe führen die hohen Kosten für die Restmüllbeseitigung zu den höchsten durchschnittlichen Belastungen für alle Unternehmensgrößenklassen im Landkreis Nordsachsen. Die Abfallkosten stellen dabei die größte Belastung für die Unternehmen der Gastronomie dar. Je nach Region folgen danach die Freisitzgebühren sowie die Kosten für Trink- und Abwasser. Für kleine Unternehmensgrößen der Personengesellschaften fällt keine Gewerbesteuer an, da diese die Freibetragsgrenze (24.500 €) nicht überschreiten. Auch für die größeren Betriebe bleibt die Belastung durch die Gewerbesteuer gering.

Einzelhandel

Im Wirtschaftszweig Einzelhandel ist die größte Einzelabgabe bei den Kapitalgesellschaften die Gewerbesteuer. Für die Kapitalgesellschaften ist die Gesamtbelastung für Unternehmen mit 1–2 und 3–5 Beschäftigten am höchsten, bei den Personengesellschaften bei Unternehmen mit 3–5 Beschäftigten. Insgesamt ist die Belastung im Vergleich zu den anderen Wirtschaftszweigen relativ gering (vgl. Abb. 4).

Die Belastung der Kapitalgesellschaften ist im Landkreis Leipzig etwas niedriger als in der Stadt Leipzig und im Landkreis Nordsachsen. Für Personengesellschaften ist die Belastung aufgrund der hohen Abfallbeseitigungsgebühren im Landkreis Nordsachsen am höchsten. Während für die Kapitalgesellschaften erneut die Gewerbesteuer die dominierende Abgabe darstellt, spielt diese für die Personengesellschaften kaum eine Rolle. Hier sind es erneut die Restmüllgebühren, welche die kleineren Unternehmen am stärksten belasten.

Abbildung 1: Intraregionaler Vergleich der Abgabenbelastung der Musterunternehmen im verarbeitenden Gewerbe nach Betriebsgrößenklassen als Anteil am Umsatz (in %)

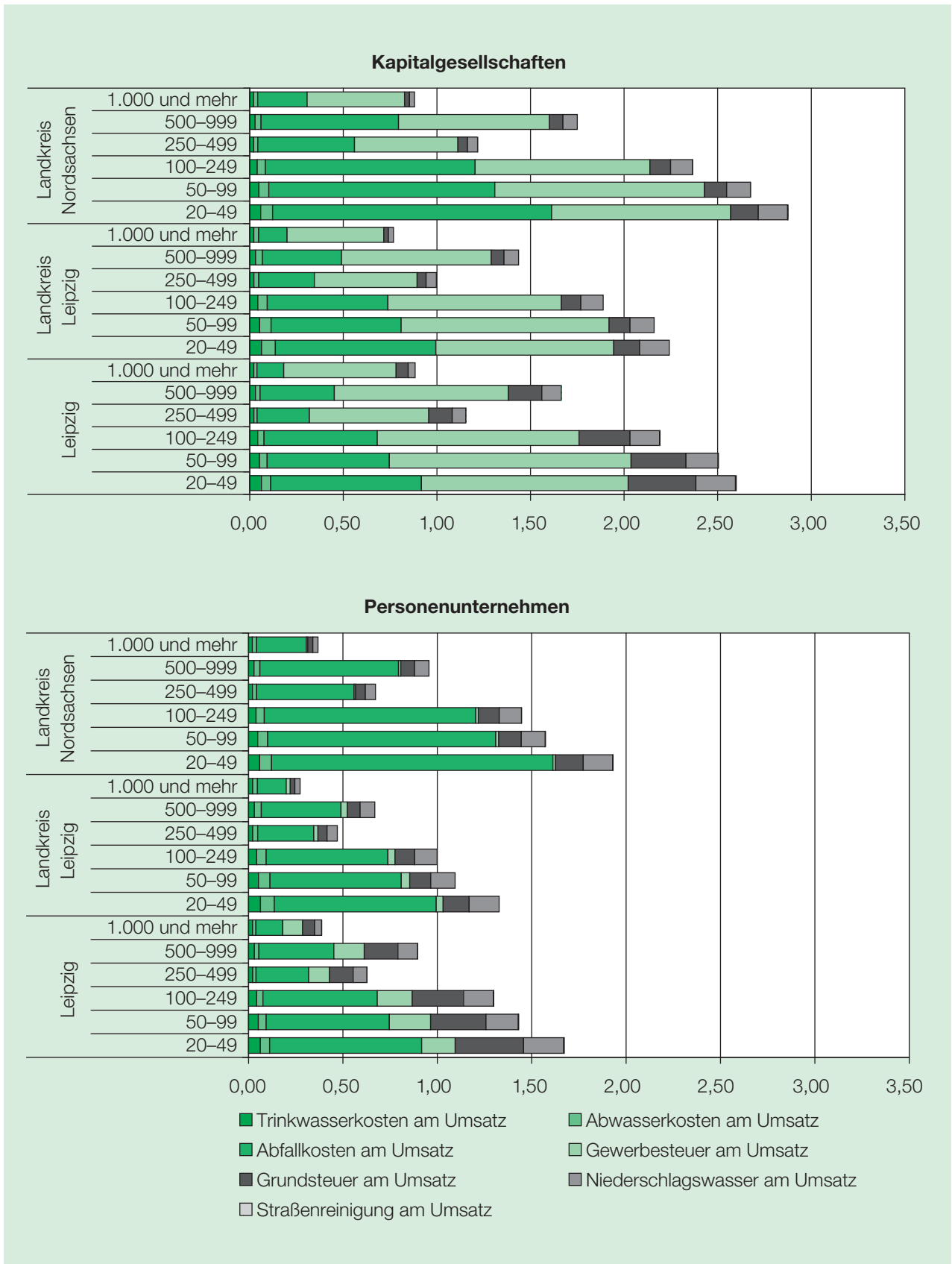
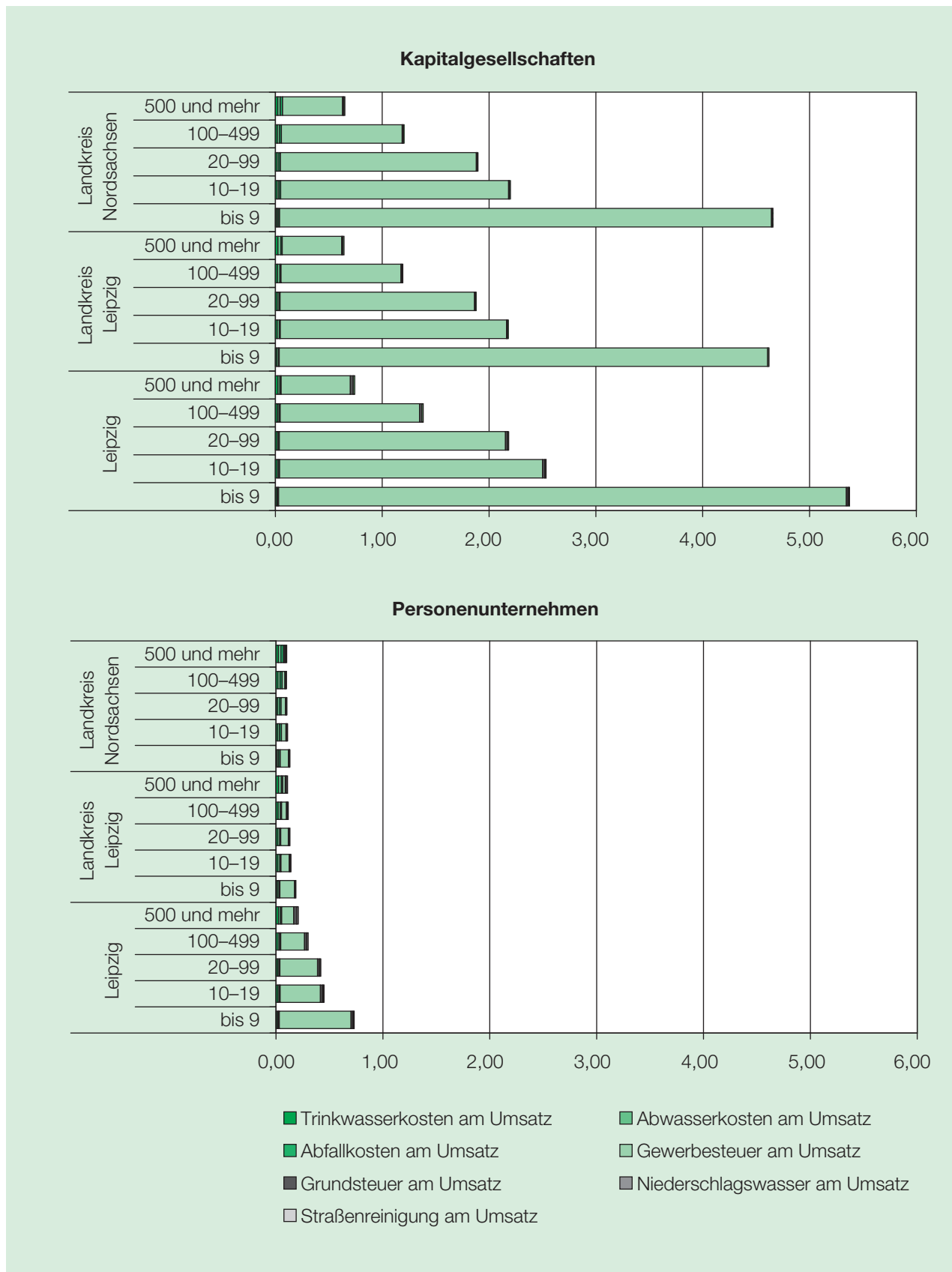
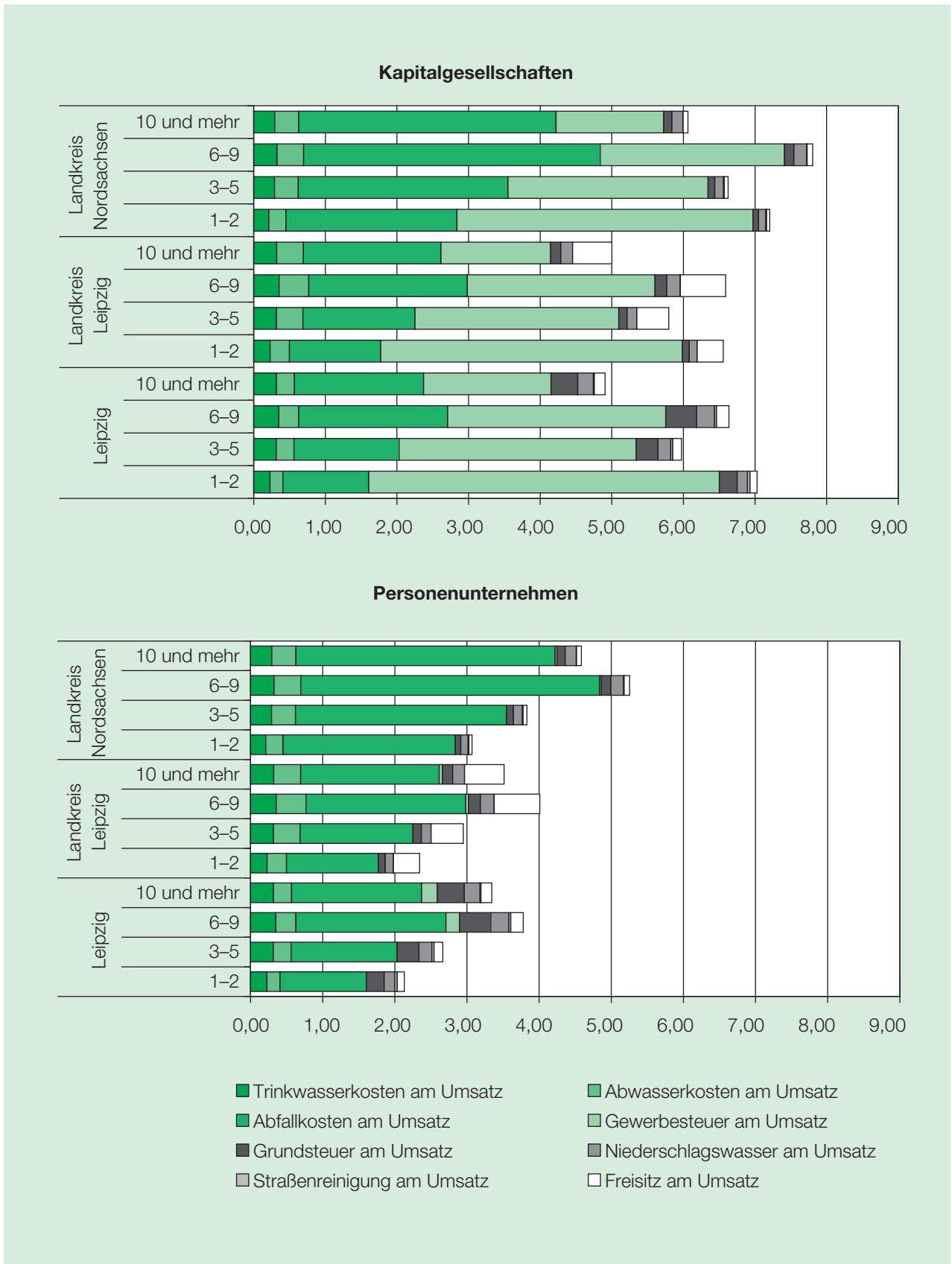


Abbildung 2: Intraregionaler Vergleich der Abgabenbelastung der Musterunternehmen der bürobasierten Dienstleistungen nach Betriebsgrößenklassen als Anteil am Umsatz (in %)



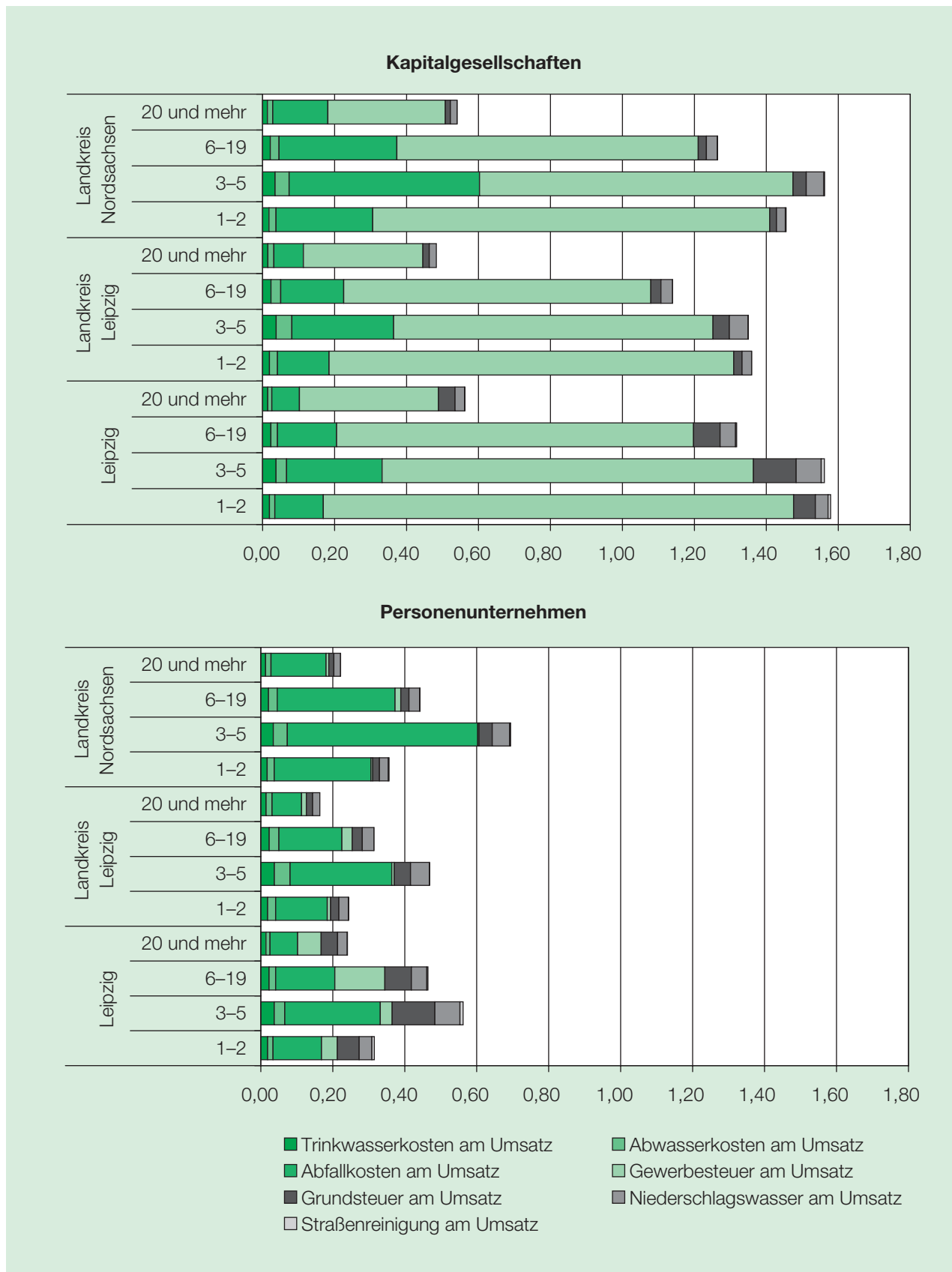
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 3: Intraregionaler Vergleich der Abgabenbelastung der Musterunternehmen der Gastronomie nach Betriebsgrößenklassen als Anteil am Umsatz (in %)



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 4: Intraregionaler Vergleich der Abgabenbelastung der Musterunternehmen des Einzelhandels nach Betriebsgrößenklassen als Anteil am Umsatz (in %)



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Intraregionaler Vergleich der Branchen

Der vorhergehende Abschnitt hat die Abgabenbelastungen unterschiedlicher Betriebsgrößenklassen innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige aufgezeigt. Im Folgenden wird die Belastung eines Durchschnittsunternehmens der jeweiligen Wirtschaftszweige zwischen den verschiedenen Standorten verglichen. Wie bereits im vorhergehenden Abschnitt wird zwischen Personenunternehmen und Kapitalgesellschaften unterschieden.

Es wird deutlich, dass sich die Gesamtbelastung zwischen den Wirtschaftszweigen unterscheidet und dass die Zusammensetzung der Abgaben zwischen den Branchen variiert. Auch die Rechtsform des Unternehmens hat einen Einfluss auf die relative Belastung. Werden beispielsweise Kapitalgesellschaften betrachtet, spielen die Abgaben im Bereich des Einzelhandels, gemessen am Umsatz, die geringste Rolle während die Gesamtbelastung im Bereich der Gastronomie am höchsten ist. Bei der Betrachtung von Personenunternehmen ergibt sich ein leicht differenziertes Bild. Während erneut die Unternehmen in der Gastronomie am stärksten belastet werden, sind Dienstleistungen und Einzelhandel ähnlich gering betroffen.

Im intraregionalen Vergleich stellt sich heraus, dass die Wirtschaftszweige innerhalb der Region unterschiedlich belastet werden (vgl. Abb. 5). Im Vergleich zu den anderen untersuchten Wirtschaftszweigen liegt die Belastung im Einzelhandel in Leipzig und den Nachbarregionen auf einem sehr ähnlich niedrigen Niveau. Für bürobasierte Dienstleistungen ist die Belastung in Leipzig etwas höher aufgrund des höheren Gewerbesteuerhebesatzes. Im Bereich Gastronomie fällt der Landkreis Nordsachsen durch sehr hohe Abfallbeseitigungsabgaben sowie eine niedrige Gewerbesteuerbelastung auf. Die Gesamtbelastung ist hier etwas höher als in der Stadt Leipzig sowie im Landkreis Leipzig und beträgt ca. 5% des Umsatzes. Für Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes ist die Belastung im Landkreis Leipzig am niedrigsten; jedoch sind die Unterschiede zwischen den Regionen nur gering.

Zusammenfassung der wichtigsten Belastungsunterschiede im intra- und interregionalen Vergleich

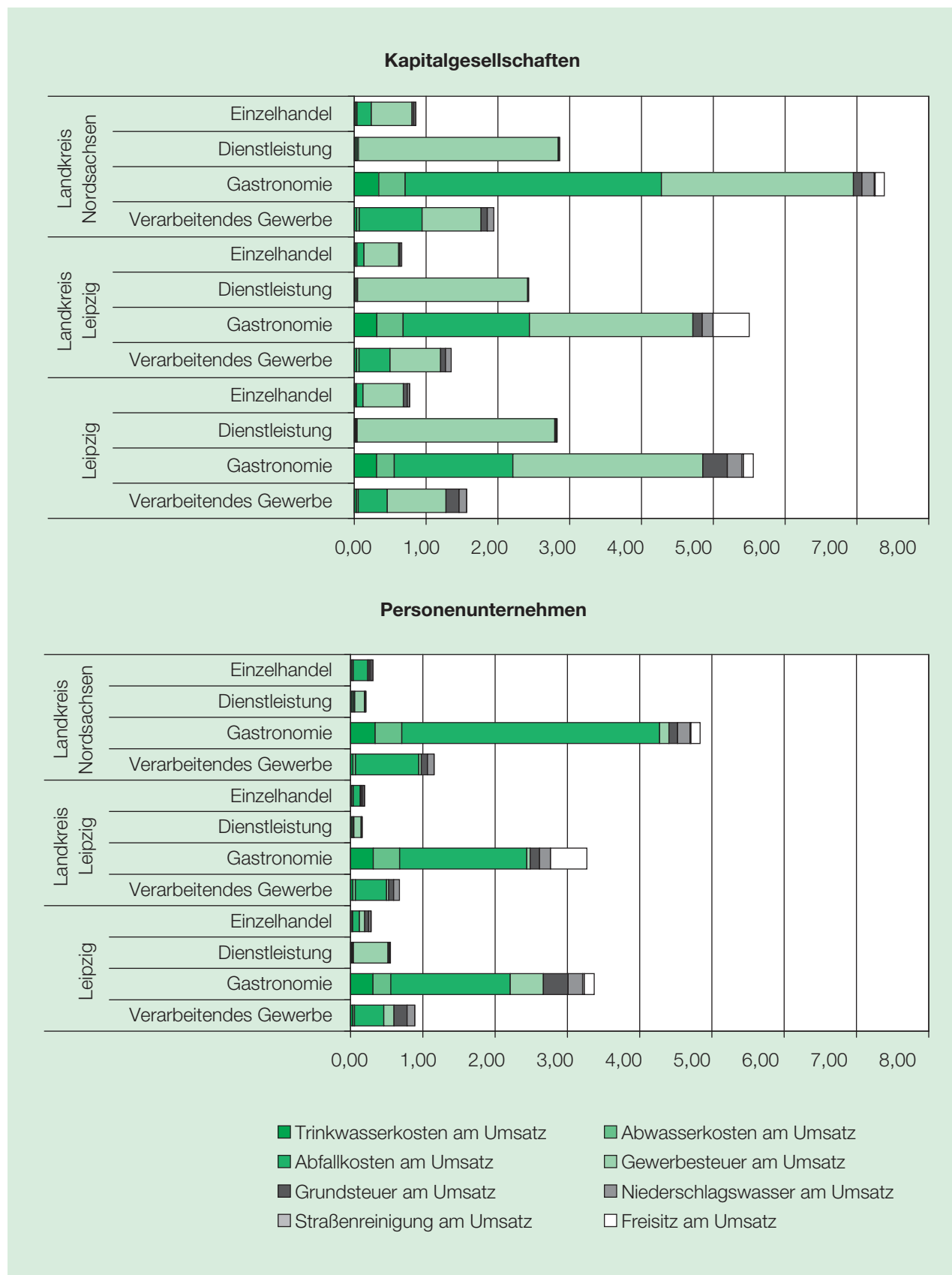
Die Belastungsanalyse für Musterunternehmen des verarbeitenden Gewerbes, der bürobasierten Dienstleistungen, der Gastronomie sowie des Einzelhandels zeigt deutliche intraregionale Belastungsunterschiede auf. Die Belastung, gemessen am Umsatz, ist im intraregionalen Vergleich im Gastronomiegewerbe am höchsten und im Einzelhandel am geringsten. Auch innerhalb der einzelnen

Branchen ergeben sich unterschiedliche Belastungssituationen in Abhängigkeit von Unternehmensgröße und Gesellschaftsform. Im verarbeitenden Gewerbe sind überwiegend Kapitalgesellschaften tätig. Hier verringert sich die relative Belastung mit der Unternehmensgröße. Auch im Dienstleistungssektor ist dieser Zusammenhang zwischen Relativbelastung und Unternehmensgröße für die Kapitalgesellschaften feststellbar. Für die Gastronomie, wo überwiegend Personengesellschaften tätig sind, gilt in der Tendenz ein umgekehrter Zusammenhang. Kleine Unternehmen sind hier geringer belastet als größere Unternehmen. Im Einzelhandel werden die Unternehmen mit 3–5 Beschäftigten am stärksten von Abgaben belastet.

Dieses Ergebnis für den Kammerbezirk Leipzig bedeutet, dass insbesondere die stark besetzten Unternehmensgrößenklassen (kleine und mittlere Unternehmen) durch die gegenwärtige Abgabenstruktur belastet werden: Im verarbeitenden Gewerbe, aber vor allem im Dienstleistungssektor, sind in den drei Teilregionen des Kammerbezirkes die meisten Unternehmen den kleineren Unternehmensgrößenklassen zuzuordnen. Die relative Belastung dieser Unternehmen ist im Kammerbezirk am stärksten.

Um die genauen Auswirkungen der existierenden Abgabenunterschiede auf die entstehenden Unternehmensbelastungen zu bestimmen, muss berücksichtigt werden, dass sich die Wirtschaftsstruktur in den drei Teilregionen (Stadt Leipzig, Landkreise Leipzig und Nordsachsen) deutlich voneinander unterscheiden. Während in Leipzig überwiegend der unternehmensnahe Dienstleistungssektor die Wertschöpfung dominiert, ist die Wirtschaftsstruktur in den umliegenden Landkreisen eher durch das verarbeitende Gewerbe geprägt. Diese Struktur spiegelt sich unmittelbar in den Belastungen wider. Während in Leipzig die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes im Verhältnis zum Umsatz deutlich geringer belastet werden als in Nordsachsen, weist der Wirtschaftsbereich der (bürobasierten) Dienstleistungen in Leipzig die höchste Belastung auf. Zunächst erscheint dieser Zusammenhang kontraintuitiv. Die Regionen belasten die Branchen am höchsten, die jeweils am stärksten vertreten sind. Allerdings muss bedacht werden, dass die Ansiedlungsentscheidungen der Unternehmen neben den Abgaben überwiegend durch die vorhandene Infrastruktur gesteuert werden. Wenn bereits viele Unternehmen einer Branche angesiedelt sind, kann davon ausgegangen werden, dass die Infrastruktur den Anforderungen dieser Unternehmen entspricht, weshalb sie bereit sind, höhere Abgaben zu zahlen. Höhere Abgaben sind demnach per se kein Nachteil, so lange den Unternehmen hierdurch auch entsprechende Standortvorteile entstehen.

Abbildung 5: Intraregionaler Vergleich der Abgabenbelastung der Musterunternehmen nach ausgewählten Branchen als Anteil am Umsatz (in %)



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Die Gründe für die auseinanderfallenden Belastungen zwischen den Vergleichsregionen in den unterschiedlichen Branchen resultieren aus den abweichenden Produktions- sowie Kosten- und Erlösstrukturen der Unternehmen. Während für den Dienstleistungssektor die Gewerbesteuer einen Großteil der Abgaben ausmacht, ist dieser Anteil im verarbeitenden Gewerbe deutlich geringer. Hier stehen auch andere Abgabearten wie Trink- und Schmutzwasser sowie Restmüllbeseitigung im Vordergrund. Dabei kann Leipzig seine Größenvorteile in der Bereitstellung dieser Leistungen durch geringe Abgaben an die Unternehmen weiterleiten, wodurch die Belastungen sinken. Gleiches gilt auch für die Gastronomie. Im Bereich Einzelhandel sind keine nennenswerten Unterschiede zwischen den drei Teilregionen zu identifizieren.

Es wurde gezeigt, dass die Abgaben einen wichtigen Stellenwert für die Unternehmen haben. Gleichzeitig stellen sie in Leipzig, zumindest im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor, eine überdurchschnittliche Belastung für die Unternehmen dar.

Literatur

RAGNITZ, J., MONTÉN, A. und C. THATER (2010): Kommunale Gebühren, Beiträge und Realsteuer-Hebesätze im Kammerbezirk der IHK zu Leipzig: Öffentliche Abgaben als Belastungsfaktoren der Unternehmen in der

Region und im Vergleich zu anderen Wirtschaftsräumen, Gutachten im Auftrag der IHK zu Leipzig, Dresden.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2009a): Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus: Beschäftigte, Umsatz, Aufwendungen, Lagerbestände, Investitionen und Wertschöpfung im Gastgewerbe, 2006. Fachserie 6 Reihe 7.3.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2009b): Umwelt: Abfallbeseitigung 2007. Fachserie 19, Reihe 1.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2009c): Umwelt: Nicht-öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 2007. Fachserie 19, Reihe 2.2.

¹ Zur Bestimmung der Abgabenbelastung der Unternehmen werden die folgenden Abgaben berücksichtigt: Trink- und Schmutzwassergebühren, Kosten der Niederschlagswasserbeseitigung, Abfallkosten, Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer, Freisitz- sowie Straßenreinigungsgebühren.

² Neben den im Folgenden dargestellten Datenquellen wurden eine Reihe weiterer Datenquellen für die Berechnungen herangezogen. Diese werden im zugrundeliegenden Gutachten [vgl. RAGNITZ et al. (2010)] vorgestellt und beschrieben.

³ Eine engere Eingrenzung auf dem Zweisteller 52 führt nicht zu wesentlich anderen Ergebnissen, weshalb in der Berechnung aufgrund der breiteren Datenbasis auf den gesamten Wirtschaftszweig G zurückgegriffen wurde.

⁴ Eine identische Analyse für weitere Vergleichsregionen wurde in dem Gutachten durchgeführt, das diesem Beitrag zugrunde liegt [vgl. RAGNITZ et al. (2010)].

Bedeutung regionaler Standortfaktoren für das Wachstum am Beispiel Sachsen-Anhalts

Stefan Arent und Johannes Steinbrecher*

Einleitung

Im Hinblick auf die Analyse wirtschaftlicher Wachstumsfaktoren stellt sich immer wieder die Frage nach regionalen Strukturunterschieden und deren Konsequenzen auf die Wachstumspotenziale einzelner Regionen. Die Shift-Share-Analyse stellt eine sinnvolle Methode dar, um den Einfluss regionaler Besonderheiten auf das Wirtschaftswachstum zu untersuchen. Am Beispiel von Sachsen-Anhalt wird im Folgenden dargestellt, wie regionale Standortfaktoren die Entwicklung in den sachsen-anhaltischen Kreisen beeinflusst haben. Dazu wird im ersten Schritt eine Shift-Share-Analyse auf Kreisebene durchgeführt. Darauf aufbauend werden anschließend regionale und überregionale Wachstumsfaktoren dargestellt und diskutiert.

Shift-Share-Analyse

Nachfolgend soll zunächst untersucht werden, inwiefern sich ein über- bzw. unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum in einzelnen Regionen Sachsen-Anhalts durch standortspezifische Faktoren („Standorteffekte“) erklären lässt. Zur Anwendung kommt dabei die Shift-Share-Analyse [vgl. ARENT et al. (2010)], wobei als Referenzeinheit das Land Sachsen-Anhalt dient. Die regionale Entwicklung, gemessen anhand der Bruttowertschöpfung (BWS), wird hierbei durch den Regionalfaktor angegeben, welcher sich wiederum in einen Standortfaktor und einen Strukturfaktor zerlegen lässt. Der Strukturfaktor ist eine fiktive Größe, die angibt, wie sich die Bruttowertschöpfung in einem Kreis im Untersuchungszeitraum verändert hätte, wenn die Entwicklung in gleicher Weise wie auf der Landesebene (Sachsen-Anhalt) verlaufen wäre. Als Standortfaktor ergibt sich die Abweichung der tatsächlichen regionalen Veränderung von der durch den Strukturfaktor gegebenen Größe. Dahinter steht die Vorstellung, dass diese Differenz auf örtliche Besonderheiten zurückzuführen ist.

Als Berechnungsgrundlage dienen die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder (VGR) zum Bruttoinlandsprodukt bzw. der Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands. Hierbei wird Bezug auf die landesweite Entwicklung der Bruttowertschöpfung im Zeitraum von

2002 bis 2007 genommen. Für die Berechnung der Faktoren werden die Branchen gemäß der Gliederung der VGR übernommen.

Ergebnisse

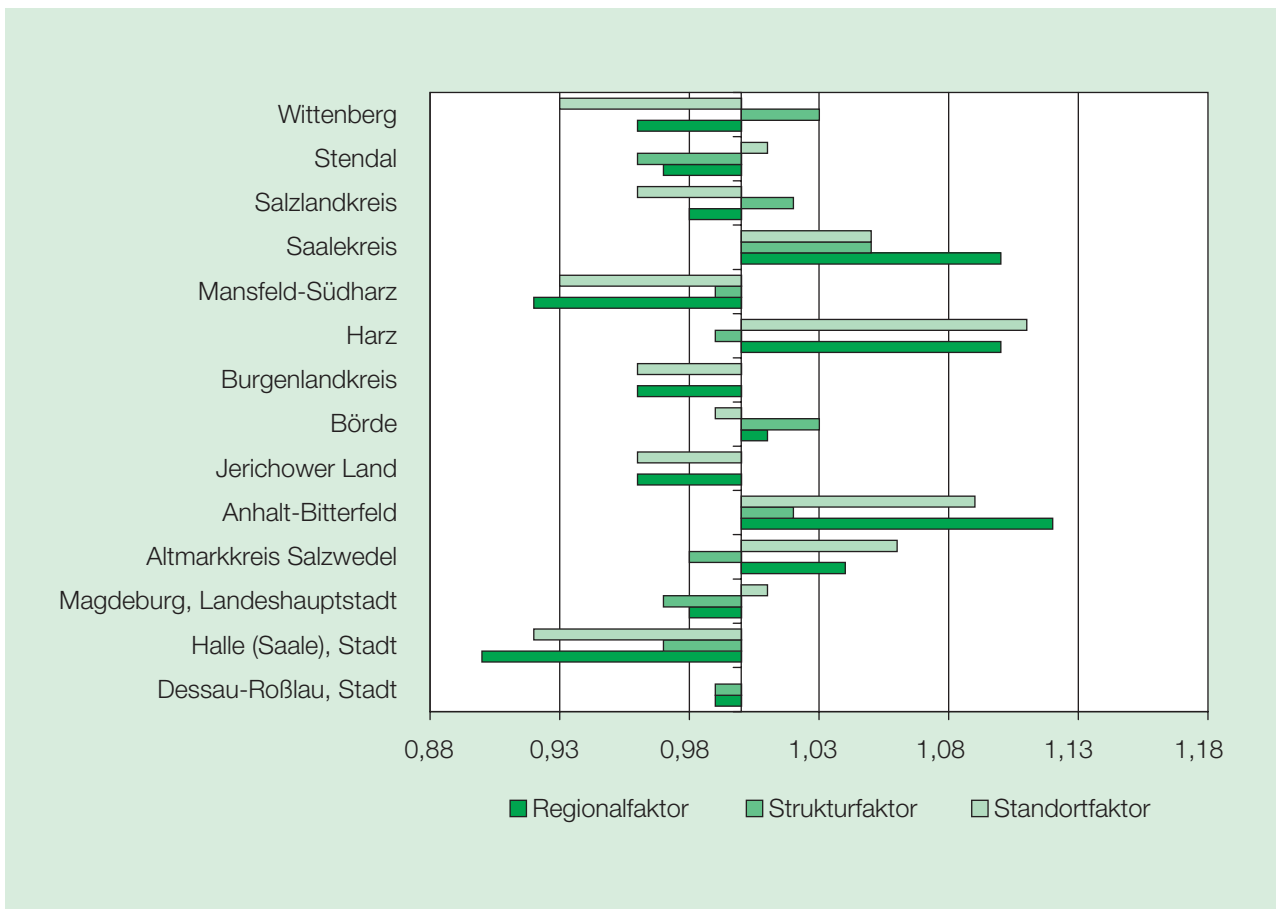
Nachfolgend werden die Ergebnisse für die sachsen-anhaltischen Kreise in Abbildung 1 dargestellt. Ein Wert der jeweiligen Indikatorvariablen größer als eins bedeutet, dass sich die Region im Vergleich zum Durchschnitt Sachsen-Anhalts besser entwickelt hat. Ein niedrigerer Wert entspricht somit einem schwächeren wirtschaftlichen Wachstum der BWS gegenüber dem sachsen-anhaltischen Durchschnitt.

Eine besonders gute Entwicklung der BWS ist im Landkreis Anhalt-Bitterfeld, im Saalekreis und im Harz zu beobachten. Betrachtet man die Ursachen für den Erfolg, so ist zu sehen, dass besonders im Harz anscheinend Faktoren außerhalb der typischen Branchenstruktur (Strukturfaktor) zum guten Ergebnis beitragen, da der Regionalfaktor hier besonders stark ausgeprägt ist. Auch in Anhalt-Bitterfeld ist nicht die Sektorstruktur der Wirtschaft der entscheidende Wachstumstreiber, sondern es sind vielmehr vorteilhafte Standortfaktoren. Dagegen wirken sich im Saalekreis sowohl strukturbedingte als auch ortsbedingte Faktoren wachstumsfördernd aus. Hier sind sowohl Struktur- als auch Standortfaktor gleichermaßen positiv ausgeprägt. Das schwächste Wachstum weist im Beobachtungszeitraum die Stadt Halle (Saale) auf. Die sektorspezifischen Entwicklungen erklären hier das unterdurchschnittliche Wachstum der BWS nur zu einem Teil, sodass offenkundig auch ungünstige standörtliche Bedingungen sich negativ ausgewirkt haben. Ebenfalls deutlich unterproportional hat sich der Landkreis Mansfeld-Südharz entwickelt, wobei hier ebenfalls der Standortfaktor von 0,93 auf ortsspezifische Wachstumshemmnisse hinweist, wohingegen der Strukturfaktor mit 0,99 in etwa dem Durchschnittswert von eins entspricht.

Um die Interpretation zu erleichtern und zusätzliche Informationen zu gewinnen, wird die Shift-Share-Analyse im Folgenden um ein regressionsanalytisches Verfahren

* Stefan Arent und Johannes Steinbrecher sind als Doktoranden in der Niederlassung Dresden des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung tätig.

Abbildung 1: Ergebnisse der Shift-Share-Analyse auf Kreisebene



Quellen: VGR, Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

ergänzt. Hierbei wird die Beschäftigtenentwicklung der einzelnen Branchen für jeden Landkreis in Sachsen-Anhalt als zu erklärende Größe verwendet. Der dabei berechnete Brancheneffekt gibt an, wie sich eine Branche relativ zur allgemeinen Konjunkturlage entwickelt hat, die Beschäftigungsentwicklung dient dabei als Näherungsmaß für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Die Ergebnisse sind in der nachfolgenden Tabelle 1 dargestellt, wobei die tatsächliche Beschäftigtenentwicklung der Änderung der Beschäftigtenzahl 2007 gegenüber dem Jahr 2006 entspricht. Der Struktureffekt beschreibt hier wiederum die regionsspezifische Sektorstruktur. Der Ortseffekt ist die resultierende Beschäftigtenentwicklung, welche von regionsspezifischen Faktoren verursacht werden, die unabhängig von der Wirtschaftszweigszusammensetzung auf die Beschäftigungsentwicklung wirken.

Auffällig ist zunächst die negative tatsächliche Entwicklung in der Stadt Halle (Saale) mit einem Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 1,0%. Alle anderen Landkreise weisen ansonsten eine positive Beschäftigtenbilanz auf. Jedoch hätten sich einzelne Kreise aufgrund ihrer Wirtschaftsstruktur im Vergleich

eher noch besser entwickeln müssen. Zu nennen sind hier vor allem die Städte Magdeburg und Dessau-Roßlau, welche entsprechend ihrer sektoralen Struktur höhere Beschäftigtenzuwächse hätten verzeichnen müssen. Einen deutlich positiven Ortseffekt weisen dagegen der Saalekreis sowie die Landkreise Wittenberg, Anhalt-Bitterfeld, das Jerichower Land, der Altmarkkreis Salzwedel und der Salzlandkreis auf. Diese Regionen haben sich positiver entwickelt als es von ihrer Wirtschaftsstruktur her zu erwarten gewesen wäre. So sind z. B. 1.750 zusätzliche Beschäftigte im Saalekreis auf ortsspezifische Faktoren zurückzuführen. Der Großteil der sachsen-anhaltischen Kreise weist einen positiven Ortseffekt aus, d.h. regionale Faktoren beeinflussen das Beschäftigungs- und Wirtschaftswachstum positiv.

Die beiden Untersuchungsvarianten kommen zu sehr ähnlichen Ergebnissen, wobei Unterschiede vor allem durch die Anwendung verschiedener Zeithorizonte zu erklären sind. Die Stadt Halle (Saale) sowie der Landkreis Mansfeld-Südharz weisen in beiden Analysen sehr schlechte Standortfaktoren auf. Die Landkreise Wittenberg und der Burgenlandkreis schneiden in der kurzfristigen

Tabelle 1: Ergebnisse der erweiterten Shift-Share-Analyse auf Kreisebene

Landkreis	tatsächliche Beschäftigtenentwicklung absolut	tatsächliche Beschäftigtenentwicklung relativ	Struktur-effekt	Ortseffekt absolut	Ortseffekt relativ
Dessau-Roßlau	12	0,0 %	690	-678	-2,0 %
Halle (Saale)	-910	-1,0 %	1.818	-2.728	-3,1 %
Magdeburg	1.448	1,5 %	2.232	-784	-0,8 %
Altmarkkreis Salzwedel	565	2,2 %	320	245	1,0 %
Anhalt-Bitterfeld	1.835	3,6 %	1.050	785	1,5 %
Börde	492	0,9 %	661	-169	-0,3 %
Burgenlandkreis	641	1,3 %	475	166	0,3 %
Harz	1.447	2,1 %	1.291	156	0,2 %
Jerichower Land	639	2,5 %	317	322	1,2 %
Mansfeld-Südharz	498	1,3 %	564	-66	-0,2 %
Saalekreis	3.114	5,1 %	1.364	1.750	2,9 %
Salzlandkreis	1.518	2,6 %	1.005	513	0,9 %
Stendal	362	1,1 %	317	45	0,1 %
Wittenberg	1.235	3,2 %	586	649	1,7 %

Quellen: VGR, Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

Betrachtung deutlich besser ab, während der Bördekreis sowie die kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau schlechtere Werte in der Kurzfristbetrachtung aufweisen. Die Ursachen für die jeweiligen ortsspezifischen Determinanten des Beschäftigungswachstums können stark variieren und sind nicht immer eindeutig feststellbar. Hierzu können u. a. die Ansiedlung eines Großunternehmens, eine positive Geschäftsentwicklung eines vor Ort stark repräsentierten Unternehmens, eine regional höhere Beschäftigtennachfrage ausgelöst durch Innovationen, Forschungs- und Entwicklungsfortschritte oder ein größerer Zuzug besonders gut ausgebildeter Arbeitskräfte zählen. Im Folgenden werden Standortfaktoren vergleichend dargestellt und diskutiert, welche für die ortsspezifischen Effekte ursächlich sein können.

Regionalspezifische Wachstumsfaktoren in Sachsen-Anhalt

Die Auswertung und der Vergleich der Standortfaktoren in den sachsen-anhaltischen Kreisen konzentrieren sich

auf Branchendiversifikation und die Größenstruktur der ansässigen Unternehmen. Anschließend werden noch kurz sonstige Standort- und Wachstumsfaktoren diskutiert.

Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur

Die Zukunftsfähigkeit einer Region wird sehr stark von der Diversifizierung der regionalen Wirtschaftsstruktur bestimmt. Eine breitere Aufstellung macht die regionale Wirtschaft weniger anfällig für strukturelle und konjunkturelle Krisen. Wirtschaftsregionen mit einer hohen Spezialisierung in einzelnen Wirtschaftszweigen sind hingegen erhöhten (konjunkturellen oder strukturellen) Chancen und Risiken ausgesetzt. Zusätzlich zur aggregierten Darstellung der sektoralen Strukturen in Sachsen-Anhalt soll deshalb im Folgenden auf die Diversifikation der Wirtschaftsstrukturen in sachsen-anhaltischen Landkreisen eingegangen werden. Mittels des Herfindahl-Index lässt sich die sektorale Spezialisierung (gemessen an der BWS der Wirtschaftszweige) in den sachsen-anhaltischen

Landkreisen ermitteln (vgl. Tab. 2). Je höher der Indexwert ist, desto ausgeprägter ist die Konzentration einzelner Wirtschaftszweige in einer Region.

Sachsen-Anhalt insgesamt weist im Bundesvergleich in etwa eine durchschnittliche Konzentration der Wirtschaftsstruktur auf. Die Kreise Sachsen-Anhalts besitzen hier jedoch eine sehr unterschiedliche Ausprägung; so liegt im Börde- und Saalekreis eine stärker diversifizierte Wirtschaftsstruktur vor. Die kreisfreien Städte Halle, Magdeburg und Dessau-Roßlau sowie der Landkreis Stendal zeichnen sich dagegen durch eine stärker konzentrierte Branchenverteilung aus. An einzelnen Standorten unterhalb der Kreisebene bestehen gleichwohl starke Spezialisierungen, häufig verknüpft mit nur wenigen Herstellern (Chemieindustrie im Raum Merseburg; Photovoltaik in Bitterfeld-Wolfen), sodass hier durchaus ein erhöhtes Gefährdungspotenzial im Zuge von Branchenkrisen bestehen könnte.

Betriebsgröße

Eine Wirtschaftsstruktur, welche vor allem durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt ist, kann sich positiv auf die Stabilität einer Region auswirken. Hingegen stellt die Abhängigkeit von einzelnen Großunternehmen sowohl Chance als auch Risiko dar. Die Entwicklung eines einzelnen Unternehmens kann somit über das wirtschaftliche Auf und Ab einer ganzen Region entscheiden. Allerdings gehen von größeren Betrieben auch Anziehungseffekte auf weitere Unternehmen aus, sodass mit dem Vorhandensein größerer Betriebe ebenfalls eine durchaus positive Wirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung bestehen kann. Außerdem ist für die meist kapitalintensive Forschungs- und Entwicklungsarbeit eine gewisse Mindestbetriebsgröße notwendig. Daher ist eine Betriebsgrößenstruktur anzustreben, welche sowohl Großbetriebe als auch kleine Betriebe umfasst, um

Tabelle 2: Konzentrationsmaße der Wirtschaft in den Kreisen Sachsen-Anhalts

Landkreis	Herfindahl-Index	größer/kleiner als Bundesschnitt
Dessau-Roßlau, Kreisfreie Stadt	0,15	+
Halle (Saale), Kreisfreie Stadt	0,20	+
Magdeburg, Kreisfreie Stadt	0,17	+
Altmarkkreis Salzwedel	0,13	+
Anhalt-Bitterfeld, Landkreis	0,11	+
Börde, Landkreis	0,10	-
Burgenlandkreis	0,11	+
Harz, Landkreis	0,11	+
Jerichower Land, Landkreis	0,12	+
Mansfeld-Südharz, Landkreis	0,13	+
Saalekreis	0,10	-
Salzlandkreis	0,12	+
Stendal, Landkreis	0,14	+
Wittenberg, Landkreis	0,11	+
Sachsen-Anhalt	0,12	+
Brandenburg	0,12	
Mecklenburg-Vorpommern	0,13	
Sachsen	0,12	
Thüringen	0,10	
Deutschland	0,10	

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

einerseits Wachstumsimpulse zu induzieren und andererseits die Abhängigkeit von der Geschäftsentwicklung einzelner Betriebe zu minimieren.

In Sachsen-Anhalt waren im Jahr 2007 nach der Umsatzsteuerstatistik 89,7 % der Unternehmen Kleinunternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten. Dies waren weniger als im gesamtdeutschen Durchschnitt (91,6 %). Unternehmen der nächst höheren Größenklasse (10–49 Beschäftigte) sind dagegen etwas stärker präsent (8,1 %). Der Anteil der Großunternehmen (250 und mehr Beschäftigte) entsprach mit 0,3 % in etwa der Ausprägung in den anderen ostdeutschen Bundesländern, jedoch weniger als in Deutschland insgesamt. Auch hier wiesen die Landkreise eine große Variabilität auf. Insbesondere im Landkreis Wittenberg war der Anteil der größeren Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten geringer ausgeprägt, was vor allem auf eine geringe Zahl von Großunternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten zurückzuführen ist. Die Landkreise Dessau-Roßlau sowie die kreisfreien Städte Magdeburg und Halle (Saale) besaßen dagegen einen geringeren Anteil an kleinen und mittleren Unternehmen (vgl. Tab. 3). Informationen auf Kreisebene liegen hier jedoch nicht vor.

Sonstige Standort- und Wachstumsfaktoren

Ergänzend zu den oben angeführten quantitativen Standortfaktoren, für welche sich Daten auf regionaler Ebene erheben und vergleichen lassen, existieren weitere Parameter, die das Wachstumspotenzial von Regionen be-

einflussen. Diese ergänzenden Standortfaktoren spielen ebenfalls für die regionale Entwicklung in Sachsen-Anhalt eine entscheidende Rolle und sollen daher im Folgenden diskutiert werden. Da es sich hierbei oftmals um überregionale Faktoren handelt, welche jedoch das Wachstum in einzelnen Kreisen beeinflussen, wird im Folgenden auf der Landesebene argumentiert.

Cluster und Netzwerke

Mit dem Begriff „Netzwerk“ sind zahlreiche Abgrenzungen und Erscheinungsformen verbunden. Sowohl produktions-, vertriebs- als auch innovationsmotivierte Kontakte werden als Netzwerk bezeichnet, der Begriff schließt sowohl horizontale als auch vertikal organisierte Produktions- und Wertschöpfungsketten ein. Ein Cluster ist die geographische Konzentration von miteinander verbundenen Unternehmen, spezialisierten Zulieferern, Dienstleistungsunternehmen, Unternehmen in verwandten Wirtschaftsbereichen und unterstützenden Organisationen (z. B. Universitäten, Fachhochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Industrie- und Handelskammern, Verbände). In einigen Branchen haben sich in Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren bereits Cluster oder Clusteransätze herausgebildet. Erfolgreiche sachsen-anhaltische Cluster bestehen in den Bereichen der Automobilindustrie (institutionalisiert durch das Netzwerk Automobilzulieferer der Magdeburg-Anhalt-Harz-Region (MAHREG)), Maschinen- und Anlagenbau (Netzwerk Sondermaschinen- und Anlagenbau (SMAB)) und

Tabelle 3: Anzahl der Unternehmen nach Größenklassen

	Anzahl der Beschäftigten					Anteile in %			
	alle	0–9	10–49	50–249	250+	0–9	10–49	50–249	250+
Sachsen-Anhalt	81.860	73.434	6.658	1.540	228	89,7	8,1	1,9	0,28
Berlin	145.211	135.337	7.841	1.597	436	93,2	5,4	1,1	0,28
Brandenburg	94.050	86.150	6.395	1.317	188	91,6	6,8	1,4	0,22
Mecklenburg-Vorpommern	63.507	57.664	4.700	1.016	191	90,8	7,4	1,6	0,25
Sachsen	164.064	149.462	11.813	2.461	492	91,1	7,2	1,5	0,26
Thüringen	88.516	80.284	6.462	1.505	177	90,7	7,3	1,7	0,28
Neue Bundesländer (ohne Berlin)	491.997	446.733	35.916	7.872	1.476	90,8	7,3	1,6	0,23
<i>Deutschland</i>	<i>3.467.125</i>	<i>3.175.887</i>	<i>232.297</i>	<i>48.540</i>	<i>10.401</i>	<i>91,6</i>	<i>6,7</i>	<i>1,4</i>	<i>0,25</i>

Quellen: Umsatzsteuerstatistik (2007), Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

Chemie/Kunststoffe (Polykum e. V. und Cluster Chemie/Kunststoffe Mitteldeutschland) [vgl. HAUSBERG et al. (2008)]. Durch Netzwerke und Cluster können verbundene Unternehmen Know-How und Ressourcen effizienter erschließen bzw. bündeln. Dementsprechend können gut entwickelte Cluster einen Standortvorteil für eine Region bedeuten.

Neben diesen großen, branchenumfassenden Clustern existieren in Sachsen-Anhalt zahlreiche kleine und regionale Clusterinitiativen und Netzwerke, an denen nur wenige kleine Unternehmen beteiligt sind. Eine solche Vernetzung entlang von spezifischen Themenschwerpunkten ist in den Branchen (rote) Biotechnologie (z. B. Schwerpunkt Neurowissenschaften in Magdeburg) und Medizintechnik (z. B. Neuromedizintechnik in Magdeburg) zu beobachten, in denen Sachsen-Anhalt gute Forschungskapazitäten, aber lediglich eine schmale Unternehmensbasis hat [vgl. HAUSBERG et al. (2008), S. 57ff.].

Humankapitalbildung und -verfügbarkeit

Ein wichtiger Faktor für die künftige Wirtschaftsentwicklung in Sachsen-Anhalt ist die Verfügbarkeit gut qualifizierter Arbeitskräfte. Schon heute scheint es in Teilbereichen schwierig zu sein, die benötigten Fachkräfte zu finden. Diese Situation wird sich in den nächsten Jahren noch weiter verschärfen. Wünschenswert wäre es, die Schrumpfung des Arbeitskräftepotenzials durch vermehrte Attrahierung von Fachkräften aus anderen Regionen oder durch eine stärkere Aktivierung bislang nicht erwerbstätiger Personen (Frauen, Arbeitslose, ältere Erwerbspersonen) zu kompensieren. Darüber hinaus kann ein wenigstens teilweiser Ausgleich des Fachkräftedefizits durch eine verbesserte Qualifikation der Beschäftigten erfolgen. Sachsen-Anhalt steht in diesem Zusammenhang vor großen Herausforderungen, um zukünftige Wachstumsimpulse nicht durch einen Mangel an Arbeitskräften zu verspielen. Derzeit erreicht Sachsen-Anhalt im Bereich der Hochschulbildung nur ein unterdurchschnittliches Niveau: Die Studienberechtigtenquote lag 2006 mit 34 % deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (44,5 %) und auch die Quote der Studienanfänger gemessen an der altersspezifischen Bevölkerung liegt deutlich niedriger als in anderen Bundesländern. Auch die Absolventenquote (Quote der Hochschulabgänger in Relation zur Gesamtbevölkerung) lag im Jahr 2007 mit 17,2 % sechs Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt. Damit ist fraglich, ob langfristig der Fachkräftebedarf der heimischen Wirtschaft durch die Hochschulen im Land gedeckt werden kann. Fast 20 % der Unternehmen in Ostdeutschland klagen laut einer Umfrage über

Probleme bei der Anwerbung qualifizierter Ingenieure. Eine Stärkung der Ingenieursausbildung an den sachsen-anhaltischen Hochschulen könnte helfen, dem Risiko einer drohenden Fachkräftelücke abzuwehren. Vorbild hierfür könnten die Fachhochschulen (FH) in Sachsen-Anhalt sein, von denen sich viele auf regional-spezifische Themengebiete spezialisiert haben. Außerdem belegen Studenten hier überproportional häufig natur- oder ingenieurwissenschaftliche Fächer. Folglich dürften Regionen mit Zugang zu diesem Nachwuchskräftepotenzial einen signifikanten Standortvorteil aufweisen.

Innovationstätigkeit

Aus verschiedenen Untersuchungen ist bekannt, dass Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (als Vorstufe technologischer Neuerungen) in den ostdeutschen Ländern insgesamt unzureichend vertreten sind. Entsprechend gering sind auch die Innovationserfolge, die erzielt werden, obwohl die Förderung der Innovationstätigkeit von Unternehmen mit zu den wichtigsten Elementen einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik zählt. Gemessen an den Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) in Relation zum Bruttoinlandprodukt belegte Sachsen-Anhalt im Jahr 2006 nur einen der hinteren Plätze im Bundesvergleich. Lediglich 1,2 % des erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts wurden hier in FuE-Aktivitäten investiert (Bundesdurchschnitt: 2,1 %). Besonders negativ fällt der äußerst geringe Anteil der privaten FuE-Anstrengungen auf. Es werden in Sachsen-Anhalt nur 28 % der Gesamtaufwendungen durch die Wirtschaft finanziert; in Westdeutschland (ohne Berlin) sind es hingegen 62 % der gesamten FuE-Aufwendungen. Die wesentlichen Gründe für die geringe (privatwirtschaftliche) FuE-Intensität in Ostdeutschland und Sachsen-Anhalt liegen in der Dominanz kleiner Unternehmen, die sich eigene FuE häufig nicht leisten können, und in der geringen Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes, da FuE typischerweise von Industrieunternehmen durchgeführt wird. Insoweit handelt es sich um strukturelle Probleme, die sich nur mittel- bis langfristig durch stärkere Vernetzung der öffentlichen Forschungseinrichtungen mit der hiesigen Wirtschaft werden lösen lassen. Für die regionale Entwicklung lassen sich hieraus zwei Implikationen ableiten. Zum einen begünstigen Cluster und Vernetzungen mit öffentlichen Forschungseinrichtungen die Innovationsmöglichkeiten insbesondere kleiner Unternehmen ohne eigene FuE-Kapazitäten. Zum anderen wirkt die Innovationstätigkeit größerer Unternehmen stimulierend auf die regionale Wirtschaftsentwicklung (z. B. durch Einbindung regionaler Zulieferer in den Innovationsprozess).

Fazit

Wie die Shift-Share-Analyse gezeigt hat, unterscheiden sich die sachsen-anhaltischen Kreise in Bezug auf die Standort- und Regionalfaktoren teilweise erheblich voneinander. Ein Großteil der differenzierten wirtschaftlichen Dynamik wird durch diese regionalen Unterschiede erklärt. Vor allem in den Landkreisen Anhalt-Bitterfeld, Harz und dem Saalekreis erklären diese Faktoren einen Großteil der Dynamik. Ungünstig wirken diese quantitativen Standortfaktoren im Kreis Wittenberg, Mansfeld-Südharz und Halle (Saale). Aufbauend auf diesen Ergebnissen wurden anschließend auf allgemeine Potenziale und Schwächen des Standortes Sachsen-Anhalt eingegangen. Hier zeigt sich, dass Sachsen-Anhalt in vielen Bereichen Aufhol- und Verbesserungspotenzial besitzt bzw. vor großen Herausforderungen steht, allem voran im Bereich Humankapitalbildung und -bindung sowie der Innovationstätigkeit der Unternehmen und der öffentlichen Forschungseinrichtungen. Große Fortschritte wurden in den letzten Jahren im Bereich der regionalen und überregionalen Vernetzung der ansässigen Unternehmen erzielt. Dieser Standortfaktor setzt, zusammen mit der recht ausgewogenen Betriebsgrößenstruktur, gute regionale Wachstumsimpulse und sollte weiter vorangetrieben werden, um Kooperationen zu intensivieren. Langfristig wird die zunehmende Verknappung von Arbeitskräften eine enorme Herausforderung für die sachsen-anhaltische Wirtschaft und die Landkreise sein. Hier gilt es, jetzt bildungs- und beschäftigungspolitisch entgegenzusteuern, um zukünftige Wachstumspotenziale nicht zu gefährden. Des Weiteren sollten die begrenzten FuE-Ressourcen gebündelt und zielgerichtet am wirtschaftlichen Nutzen für das Land ausgerichtet werden.

Literatur

- ARENT S.; RAGNITZ J.; STEINBRECHER J. und B. ZIEGENBALG (2010): Wachstumsperspektiven und wirtschaftspolitische Handlungsoptionen für Sachsen-Anhalt, in: ifo Dresden Studien 54, München/Dresden (erscheint demnächst).
- HAUSBERG B.; GLITZ, R.; LEONHARD, J.; RAMMLER, A. und S. STAHL-ROLF (2008): Clusterpotenzialanalyse in Sachsen-Anhalt, im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt, auf: http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Politik_und_Verwaltung/Bibliothek_Wirtschaftsministerium/Dokumente_MW/investieren/Clusterpotenzialanalyse_2008.pdf.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.): Genesis-Online Datenbank, auf: <https://www.genesis.destatis.de/genesis/online/logon>.
- UMSATZSTEUERSTATISTIK (Hrsg.) (2007): Steuerpflichtige Unternehmen und deren Lieferungen und Leistungen nach wirtschaftlicher Gliederung (Tabelle 2.3 der Jahrespublikation, Fachserie 14 Reihe 8).
- VGR – VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN DER LÄNDER (Hrsg.) (2009): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands, Reihe 1, Band 1.
- VGR – VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN DER LÄNDER (Hrsg.) (2009): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands, Reihe 2, Band 1.

Zur Dauerhaftigkeit von Handelsbarrieren: Evidenz von der deutsch-deutschen Wiedervereinigung

Volker Nitsch und Nikolaus Wolf*

Einleitung

In diesen Wochen jähren sich zum 20. Mal die entscheidenden Ereignisse im deutsch-deutschen Einigungsprozess. Im November 1989 fiel die Berliner Mauer. In den darauffolgenden Monaten wurden die zuvor streng gesicherten Grenzanlagen innerhalb kurzer Zeit komplett abgebaut. Mit dem Einigungsvertrag im Oktober 1990 schließlich verschwanden auch sämtliche übrigen administrativen Barrieren. Aus zwei zuvor über Jahrzehnte getrennten Gebieten wurde quasi über Nacht (wieder) ein Wirtschaftsraum.

Mit dem Fall der Berliner Mauer begann aber auch ein nahezu einzigartiges Experiment für Ökonomen, die nur selten die Möglichkeit haben, die Reaktion von Wirtschaftssystemen auf umfangreiche und unerwartete Veränderungen der Rahmenbedingungen zu untersuchen. Tatsächlich gibt es inzwischen eine Reihe von bahnbrechenden Untersuchungen, die die deutsch-deutsche Teilung und die anschließende Wiedervereinigung als Basis für den empirischen Test von Hypothesen verwenden. Bekannte Beispiele sind die Studie von ALESINA und FUCHS-SCHÜNDELN (2007), die auch Jahre nach der Wiedervereinigung in der ostdeutschen Bevölkerung eine starke Präferenz für die Bereitstellung von staatlichen Sozialleistungen vorfinden und dies überzeugend als Evidenz dafür interpretieren, dass die bestehenden Institutionen nicht nur Ausdruck individueller Präferenzen sind, sondern auch umgekehrt das politische Regime Präferenzen nachhaltig prägen kann. REDDING und STURM (2008) untersuchen die Entwicklung von deutschen Städten während der Teilung. Sie finden, dass Städte in Grenznähe, die aufgrund der Teilung einen Teil ihres Hinterlands verloren haben, einen relativen Bevölkerungsverlust verzeichnen, was deutlich die Bedeutung des Marktzugangs für die räumliche Entwicklung dokumentiert.

In einer aktuellen Untersuchung [vgl. NITSCH und WOLF (2009)] verwenden wir nun die Erfahrungen der

deutsch-deutschen Wiedervereinigung in einem anderen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungszeitraum, dem internationalen Handel.

Grenzen bremsen Handel deutlich

Eine der großen Fragen im Bereich der internationalen Wirtschaftsbeziehungen betrifft die Rolle von Grenzbarrieren für den Warenverkehr. Jüngere Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass politische Grenzen trotz zahlreicher Integrationsbestrebungen (wie z. B. der Etablierung von Freihandelszonen, der Schaffung von Währungsunionen oder transportkostensenkenden Investitionen in Infrastruktur, Logistik und moderne Kommunikationstechnik) weiterhin einen erheblichen verzerrenden Effekt auf Handelsströme aufweisen. Auch wenn gelegentlich – vor allem in der populären Businessliteratur – von einer Welt ohne Grenzen gesprochen wird: der Warenverkehr innerhalb von Ländern übersteigt den vergleichbaren grenzüberschreitenden Handel um ein Vielfaches. So findet z. B. McCALLUM (1995) in einer aufsehenerregenden Untersuchung, dass der Handel zwischen kanadischen Provinzen ungefähr das 22-fache dessen beträgt, was kanadische Provinzen mit US-Bundesstaaten handeln, nachdem für Unterschiede in wirtschaftlicher Größe und geographischer Entfernung korrigiert wurde.

Der Befund, dass politische Grenzen die Intensität von wirtschaftlichen Beziehungen erheblich schwächen, wurde inzwischen vielfach bestätigt. Für den Warenverkehr liefern zahlreiche Folgeuntersuchungen vergleichbare Ergebnisse – wenn auch oftmals in geringerer Größenordnung – für andere Regionen, andere Perioden und andere Analyseansätze. Zudem gibt es komplementäre Untersuchungen, die ähnliche Verzerrungseffekte für die Entwicklung von regionalen Preisunterschieden konstatieren. Vor diesem Hintergrund ist die aktuelle Literatur nicht mehr nur auf einen Nachweis von Grenzeffekten ausgerichtet, sondern zielt zunehmend auch auf eine Erklärung für diese Beobachtungen ab.

Drei grundlegende Erklärungsansätze lassen sich dabei unterscheiden. Eine erste Hypothese verweist auf die breite Palette von Hindernissen und Barrieren, die typischerweise mit der Existenz von nationalen Grenzen

* Volker Nitsch ist Professor für Volkswirtschaftslehre und Leiter des Fachgebiets Internationale Wirtschaft an der Technischen Universität Darmstadt. Nikolaus Wolf ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und Research Affiliate am CEPR, London.

verbunden sind. Selbst wenn es gelingen sollte, einige dieser Barrieren (z. B. Zollschranken) zwischen Ländern abzubauen, bleiben dennoch eine Vielzahl von – möglicherweise schwer beobachtbaren – Hemmnissen, die den Handel negativ beeinflussen können. Dazu könnten z. B. bestimmte bürokratische Erfordernisse, aber auch unterschiedliche Normen und technische Standards gehören. In diesem Fall wäre auch bei stark integrierten Volkswirtschaften ein vergleichsweise geringeres Volumen des grenzüberschreitenden Handels nicht grundsätzlich überraschend.

Ein zweiter Erklärungsansatz verweist auf Fundamentalfaktoren, die den Handel unabhängig von bestehenden Grenzen beeinflussen können, und möglicherweise sogar erst zur Entstehung von nationalen Grenzen beigetragen haben. Neben geographischen Gegebenheiten (bspw. Gebirge oder Flüsse) gehören dazu sprachliche und andere ethnisch-kulturelle Unterschiede in der Bevölkerung. In der Folge können sich weitere Faktoren herausgebildet haben, die den grenzüberschreitenden Handel bremsen, wie z. B. die Entstehung von nationalen Vertriebsnetzen oder die Entwicklung der Infrastruktur.

Ein dritter Ansatz argumentiert schließlich, dass die Beobachtung von Grenzeffekten vor allem ein statistisches Phänomen darstellt. Demnach wäre der Befund eines vergleichsweise geringen grenzüberschreitenden Warenverkehrs ein empirisches Artefakt, das u. a. darauf basieren könnte, dass ein Großteil des Handels über sehr kurze Entfernungen abgewickelt wird. Die verwendeten Analyseansätze würden diesem Umstand nur unzureichend Rechnung tragen und überschätzten daher den Grenzeffekt.

Die Erfahrung der deutsch-deutschen Wiedervereinigung kann nun helfen, die Plausibilität dieser Erklärungsansätze empirisch zu überprüfen. Die Entwicklung der innerdeutschen Handelsbeziehungen nach der Wiedervereinigung liefert wertvolle Rückschlüsse darüber, wie stark der empirisch beobachtete Grenzeffekt tatsächlich auch mit der Existenz von politischen Grenzen verbunden ist. Sollten sich die innerdeutschen Handelsströme nach der Wiedervereinigung wieder schnell „normalisiert“ haben, so dürften grenzinduzierte Hemmnisse tatsächlich den größten Teil des vergleichsweise geringen grenzüberschreitenden Warenverkehrs erklären (Hypothese 1). Ist hingegen auch nach dem Fall der Mauer ein Grenzeffekt im innerdeutschen Handel beobachtbar, deutet dieses Ergebnis eher auf die Bedeutung von Fundamentalfaktoren für den Warenverkehr hin (Hypothese 2). Für ein Artefakt (Hypothese 3) würde sprechen, wenn sich der geschätzte Grenzeffekt als unabhängig von der analysierten Periode und dem untersuchten Datensatz erweist.

Die Entwicklung des innerdeutschen Handels nach der Wiedervereinigung

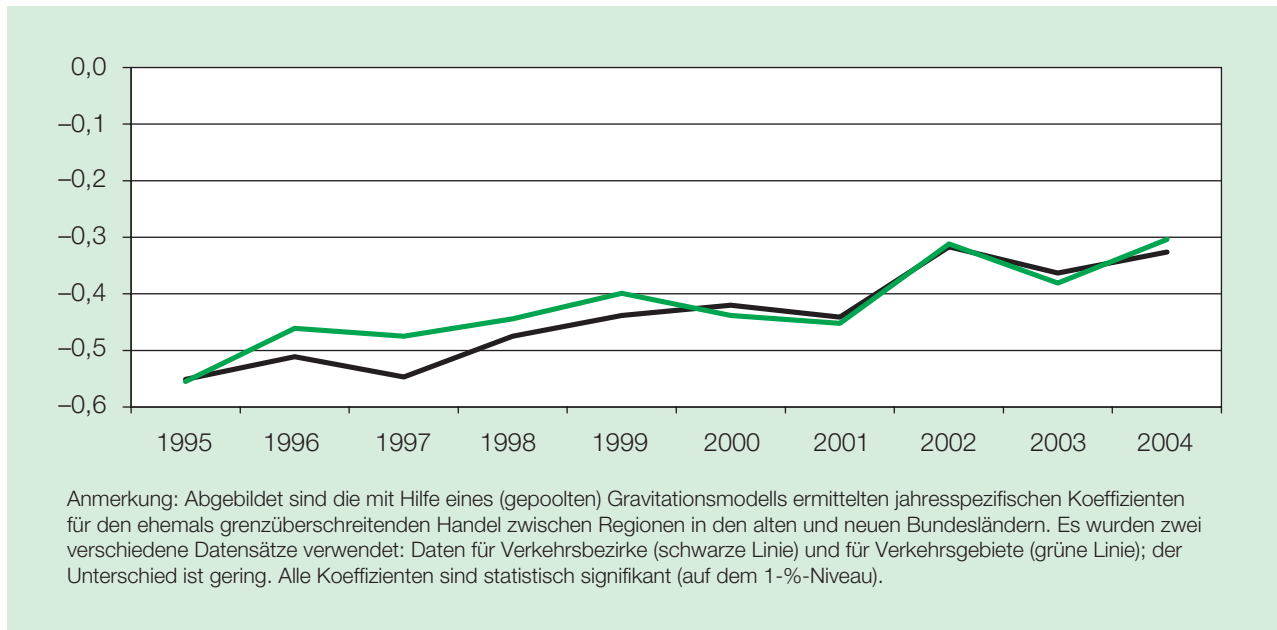
Um der Frage nachzugehen, wie schnell der „Eiserne Vorhang“ in den innerdeutschen Handelsbeziehungen gelüftet wurde, analysieren wir erstmals die jährlichen Transportströme zwischen deutschen Regionen über den Zeitraum von 1995 bis 2004. Wir haben für diesen Zweck zwei voneinander separate Datensätze erstellt. Der erste Datensatz liefert geographisch stark disaggregierte Informationen; die Daten liegen für 101 Verkehrsregionen und 10 Güterklassifikationen vor. Der zweite Datensatz bietet hingegen eine größere Detailtiefe bei den transportierten Gütern; hier umfassen die Daten 24 Güterklassifikationen für 27 Verkehrsgebiete. Für beide Datensätze liegen Informationen über die transportierten Mengen für die Transportträger Straße, Schiene und Wasser vor.

Unsere empirischen Ergebnisse, die auf einem umfassend spezifizierten Gravitationsmodell basieren, sind für beide Datensätze weitgehend identisch.¹ Die Ergebnisse zeigen, dass der Handel zwischen den beiden ehemals getrennten Teilen Deutschlands zwar insgesamt deutlich schneller gewachsen ist als innerhalb der früher getrennten Territorien. Aber selbst im Jahr 2004, dem Ende unseres Beobachtungszeitraums, ist die ehemalige Grenze noch immer sehr klar in den Daten beobachtbar: auch 15 Jahre nach dem Fall der Mauer ist das Niveau der Lieferverflechtungen zwischen den neuen und den alten Bundesländern etwa 30% unter demjenigen vergleichbarer Handelsbeziehungen innerhalb der neuen oder innerhalb der alten Bundesländer. Abbildung 1 illustriert diese Entwicklung. Die Abbildung stellt das Ausmaß dar, in dem die Handelsintensität zwischen Ost und West vom gesamtdeutschen Durchschnitt abweicht.²

Zudem können wir zeigen, dass auch die massiven Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur den Integrationsprozess nur unwesentlich beschleunigt haben.³ Wenn wir unsere Ergebnisse extrapolieren, so dürfte es wohl 33 bis 40 Jahre oder etwa eine Generation dauern, bevor der Effekt der früheren innerdeutschen Grenze vollständig verschwunden ist. Frühestens im Jahr 2022, vielleicht sogar erst 2030, wird man demnach von Deutschland als einem tatsächlich vereinigten Wirtschaftsraum sprechen können.

Im Wesentlichen lässt sich dieses Ergebnis unserer Ansicht nach auf die Trägheit wirtschaftlicher und sozialer Netzwerke zurückführen, die nur mit einer beträchtlichen zeitlichen Verzögerung auf einen Wandel der politischen Rahmenbedingungen reagieren. Selbst wenn die Barrieren, die zu einer Verzerrung der Handelsbeziehungen geführt haben, wieder komplett weggefallen sind, ist eine rasche Rückkehr zum vorherigen Status quo wenig

Abbildung 1: Koeffizient für den ehemals grenzüberschreitenden Handel zwischen Regionen in den alten und neuen Bundesländern nach Jahren



Quelle: Nitsch und Wolf (2009).

wahrscheinlich. Vor diesem Hintergrund erscheint es generell sinnvoll, zwischen einem de jure Stand und einem de facto Ausmaß der Handelsliberalisierung zu unterscheiden.

Schlussfolgerungen

Allgemeiner lässt sich aus den Untersuchungsergebnissen schließen, dass die weiterhin große Bedeutung politischer Grenzen für den Handel wohl nicht in erster Linie auf politisch intendierte Barrieren (bspw. Zölle oder nicht-tarifäre Handelshemmnisse) zurückzuführen ist, auch wenn sie häufig mit ihnen einhergeht, sondern vielmehr auf anderen, tieferen Einflussfaktoren basiert. Im Umkehrschluss deuten die Resultate darauf hin, dass der Einfluss politischer Eingriffe auf den Handel – insbesondere was das Anstoßen von neuen Handelsbeziehungen betrifft – wohl beschränkt ist. Offensichtlich braucht es eine geraume Zeit, bevor politische Integration auch tatsächlich in eine entsprechend spürbare wirtschaftliche Integration mündet, da Netzwerke erst allmählich wachsen müssen. Diese Erkenntnis ist nicht zuletzt für den Integrationsprozess im Rahmen der Europäischen Union – insbesondere auch für den Handel mit Polen und Tschechien nach der EU-Osterweiterung – von Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund dürfte das größte Hemmnis sowohl für die Globalisierung als auch für den europäischen Integrationsprozess nicht in technologischen Barrieren oder politischen Grenzen zu suchen sein, sondern

scheint in fundamentalen Faktoren begründet. Die Infrastruktur lässt sich ändern; Grenzen können abgeschafft werden. Es braucht aber zumindest eine Generation, um die Mauer in unseren Köpfen abzureißen.

Literatur

- ALESINA, A. und N. FUCHS-SCHÜNDELN (2007): Good-Bye Lenin (or Not?): The Effect of Communism on People's Preferences, *American Economic Review*. 97 (September), S. 1.507–1.528.
- MCCALLUM, J. (1995): National Borders Matter: Canada-U.S. Regional Trade Patterns, *American Economic Review*. 85 (Juni), S. 615–623.
- NITSCH, V. und N. WOLF (2009): Tear Down this Wall: On the Persistence of Borders in Trade, CESifo Working Paper No. 2847.
- REDDING, S. J. und D. M. STURM (2008): The Costs of Remoteness: Evidence from German Division and Reunification, *American Economic Review*. 97 (Dezember), S. 1.766–1.797.

¹ Allein dieser Umstand spricht bereits gegen die These, dass die geschätzten Grenzeffekte vor allem ein statistisches Artefakt darstellen.

² Das Ausmaß der Abweichung lässt sich durch Anwendung der Exponentialfunktion auf den jeweiligen Schätzkoeffizienten ermitteln, d. h. ein Koeffizient von $-0,5$ impliziert eine um 40% ($=e^{-0,5} - 1$) niedrigere Handelsintensität.

³ Dafür verwenden wir jahresspezifische Entfernungswariablen, die die Reiseentfernung und die Reisedauer auf der Basis der zum jeweiligen Zeitpunkt existierenden Infrastruktur erfassen.

Aktualisierung der Einnahmeprojektion für den Freistaat Sachsen bis zum Jahr 2025: Krise wirkt nach

Christian Thater und Johannes Steinbrecher*

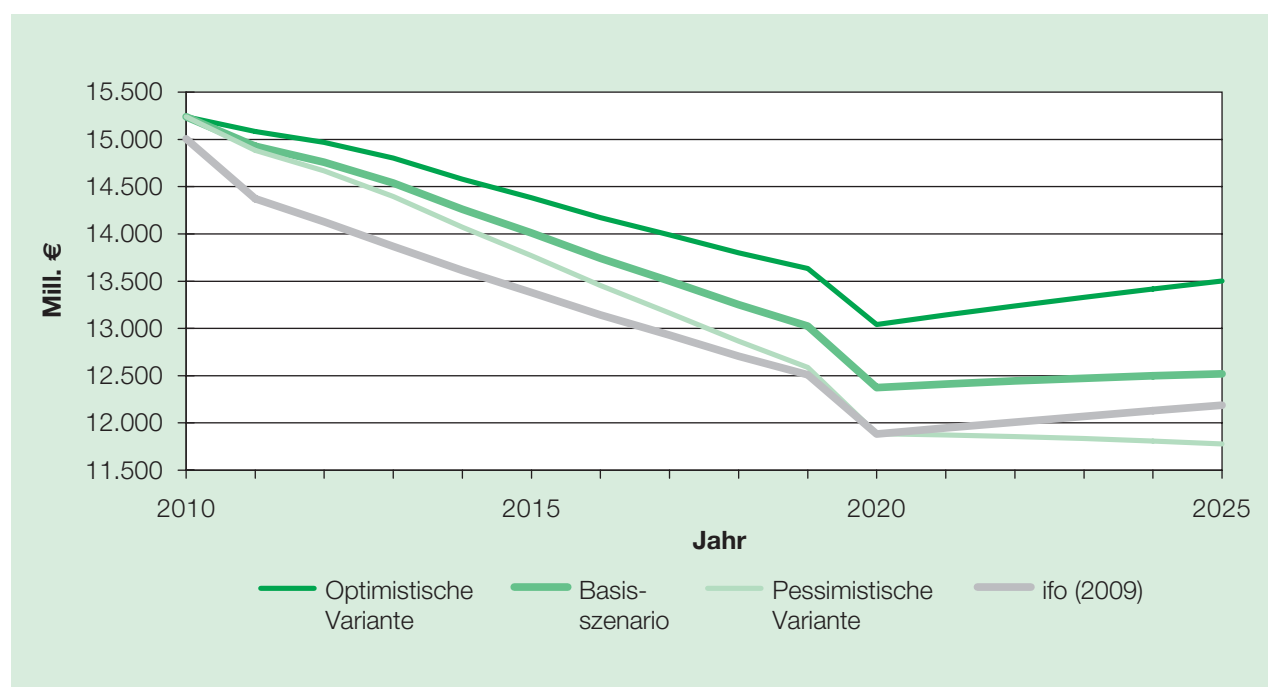
Die Finanzpolitik im Freistaat Sachsen steht aktuell vor großen Herausforderungen: Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise belasten massive Steuerausfälle den Landeshaushalt. Trotz der rasch eingetretenen konjunkturellen Erholung sowie der aktuellen Ergebnisse der Steuerschätzung, welche für 2010 deutliche Mehreinnahmen prognostizieren als dies noch vor einem Jahr vorhergesagt worden war, geht das Steueraufkommen im Jahr 2010 zum zweiten Mal hintereinander zurück. Erst für die Folgejahre werden wieder positive Wachstumsraten des Steueraufkommens erwartet. Demnach hat der einmalige Wirtschaftseinbruch des Jahres 2009 einen nachhaltigen Niveaueffekt auf die sächsischen Landeseinnahmen. Darüber hinaus verengen die Rückgänge bei den Zahlungen von Bund und EU, die nach wie vor einen erheblichen Anteil am Gesamthaushalt ausmachen, den haushaltspolitischen Spielraum. Alles in Allem wird der Freistaat Sachsen in den kommenden Jahren mit drastischen Mindereinnahmen konfrontiert.

Die folgende Abbildung 1 präsentiert die wesentlichen Ergebnisse einer Projektionsrechnung für die Jahre 2010 bis 2025.

Die Abbildung 1 zeigt die Gesamteinnahmen, welche für die Projektionsrechnung in die Posten *erweitertes Steueraufkommen*, *Bundesergänzungszuweisungen*, *Korb-2-Mittel*, *sonstige Zahlungen von Bund und EU* sowie *sonstige Einnahmen* unterteilt wurden. Für die Projektion des Steueraufkommens wurde für die Jahre 2010 bis 2014 auf die Wachstumsraten aus der aktuellen Steuerschätzung zurückgegriffen. Für die folgenden Jahre fließt eine, aus einem produktionstheoretischen Modell abgeleitete, Wachstumsrate in Höhe von 1,3% in die Fortschreibung ein. Damit ergibt sich für den gesamten Zeitraum (2010 bis 2025) eine durchschnittliche Wachs-

* Christian Thater und Johannes Steinbrecher sind in der Niederlassung Dresden des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung.

Abbildung 1: Entwicklung der sächsischen Landeseinnahmen bis zum Jahr 2025



Quelle: Berechnung des ifo Instituts.

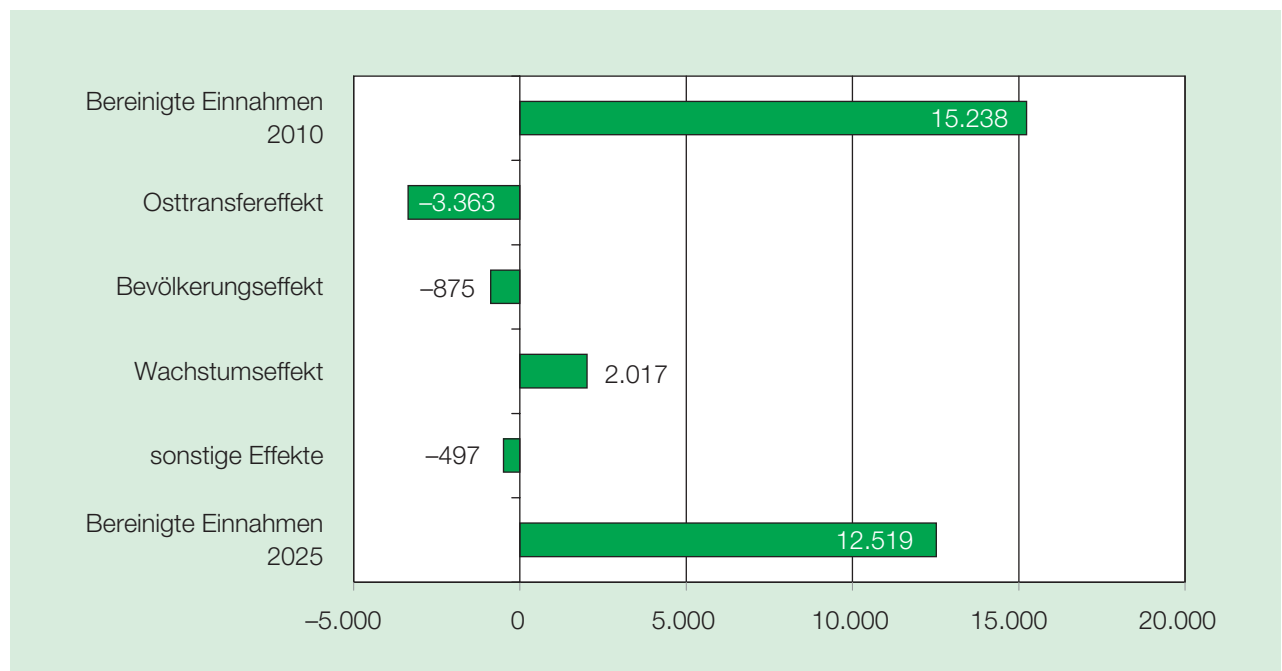
tumsrate von 1,4 %. Neben diesem Basisszenario werden eine pessimistische und eine optimistische Entwicklung der Steuereinnahmen berücksichtigt. Die alternativen Szenarien unterscheiden sich dabei von der Basisvariante in der Höhe der jährlichen Wachstumsrate um +/-0,5 Prozentpunkte. Daraus resultiert für die Jahre 2010 bis 2025 ein unteres (oberes) Band des jährlichen Wachstums von 0,9 % (1,9 %).

Ausgehend von der aktuellen Prognose der Landeseinnahmen, welche ein Volumen von etwa 15,2 Mrd. € für das Jahr 2010 vorsieht, führen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise weiterhin zu deutlich geringeren Steuereinnahmen im Vergleich zum Vorkrisenzeitraum. Dadurch vermindern sich die realen Gesamteinnahmen in einem Umfang, der bis zum Ende des Betrachtungszeitraums nicht wieder aufgeholt werden wird. Darüber hinaus führt die Degression bei den Bundesergänzungszuweisungen sowie bei den Zahlungen von Bund und EU zu einem kontinuierlichen Abfall der Einnahmen bis zum Jahr 2019. Dies wird zusätzlich durch die reale Bereinigung der nominal fixierten Beträge verstärkt. Mit dem Auslaufen der Mittel des Solidarpaktes II im Jahr 2019 ist zudem mit einem weiteren Rückgang der Einnahmen zu rechnen. Erst in den Folgejahren überwiegen dann die Wachstumseffekte des Steueraufkommens, was zu einem leichten Anstieg der Gesamteinnahmen ab dem Jahr 2020 führen wird. Dennoch werden die Einnahmen des Freistaats Sachsen im Jahr 2025 etwa 2,7 Mrd. € bzw. 18 % unter denen des Jahres

2009 liegen. Zum Vergleich ist die Basisvariante der Projektion des IFO INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (Niederlassung Dresden) aus dem Jahr 2009 [vgl. IFO (2009)] ebenfalls in der Abbildung abgetragen. Es ist ersichtlich, dass die Einnahmen im Jahr 2025 nach der vorliegenden Projektion um etwa 330 Mill. € bzw. knapp 2,2 % über denen des Basisszenarios von IFO (2009) liegen. Im Wesentlichen ist dieser Anstieg, im Vergleich zu den Ergebnissen von IFO (2009), auf eine günstigere Entwicklung des Steueraufkommens im Jahr 2010 zurückzuführen, als im Jahr 2009 prognostiziert wurde. Die nachfolgende Abbildung 2 verdeutlicht die Entwicklung der bereinigten Einnahmen anhand ihrer wesentlichen Komponenten.

Für das Basisszenario ergibt sich ein prognostizierter realer Einnahmerückgang von etwa 2,7 Mrd. €. Maßgeblich hierfür ist der negative Osttransfereffekt, welcher sowohl durch sinkende Bundesergänzungszuweisungen als auch abnehmende Korb-2-Mittel um rund 3,4 Mrd. € zum Einnahmerückgang beiträgt. Darüber hinaus führen die negativen Bevölkerungs- und sonstigen Effekte zu sinkenden Einnahmen. Der Bevölkerungseffekt belastet die Einnahmesituation des Freistaates Sachsen, da das (erweiterte) Steueraufkommen infolge der sinkenden Bevölkerung rückläufig sein wird. Der negative Beitrag der sonstigen Effekte resultiert im Wesentlichen aus der nominalen Fixierung der enthaltenen Posten (z. B. Kfz-Steuer-Kompensationsbetrag), welche im Zeitverlauf real entwertet werden. Einzig der Wachstumseffekt liefert durch das steigende Steueraufkommen einen positiven Beitrag.

Abbildung 2: Komponenten der Einnahmeentwicklung



Quelle: Berechnung des ifo Instituts.

Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das zweite Quartal 2010¹

Wolfgang Nierhaus*

Die Wirtschaftsleistung in Sachsen hat im zweiten Vierteljahr 2010 kräftig zugenommen. Das preisbereinigte **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) lag um 3,1 % über dem vergleichbaren Vorjahreswert; nach 1,4 % (revidiert) im ersten Vierteljahr (vgl. Tab. 1). Der Produktionsanstieg war im **produzierenden Gewerbe ohne Bau** am stärksten (11,7 %). Deutlich zugenommen hat die Wertschöpfung auch im **Baugewerbe** (4,8 %) sowie im Bereich **Finanzierung, Vermietung und unternehmensnahe Dienstleistungen** (2,7 %). Dagegen stieg die Wirtschaftsleistung im Sektor **Handel und Verkehr** nur schwach (0,4 %), dies gilt auch für die **öffentlichen und privaten Dienstleister** (0,3 %). Die Trend-Konjunktur-Komponente des BIP ist zum vierten Mal in Folge gestiegen (vgl. Abb. 1).

¹ Die Bereitstellung vierteljährlicher Ergebnisse für Sachsen erfolgt in Verantwortung des ifo INSTITUTS. Die Berechnungen fußen auf den amtlichen Länderdaten, die vom ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER ermittelt werden. Zudem werden seitens des STATISTISCHEN LANDESAMTES DES FREISTAATES SACHSEN aktuelle konjunkturstatistische Informationen bereitgestellt. Dies erfolgt im Rahmen der 2007 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung mit der Niederlassung Dresden des ifo INSTITUTS. Die Berechnungen sind abgestimmt auf die vom Arbeitskreis VGR der Länder am 24. September 2010 veröffentlichten Ergebnisse der BIP-Halbjahresrechnung. Allerdings unterbleibt eine bundesweite Koordinierung, wie dies bei den amtlichen Daten des Arbeitskreises üblich ist. Der vollständige Datensatz für den Zeitraum Q1/1996 bis Q2/2010 steht auf der ifo Dresden Homepage zum Download zur Verfügung. Zur Methodik siehe W. Nierhaus, Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für den Freistaat Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation, in: Statistik in Sachsen, 1/2008, S. 1–15.

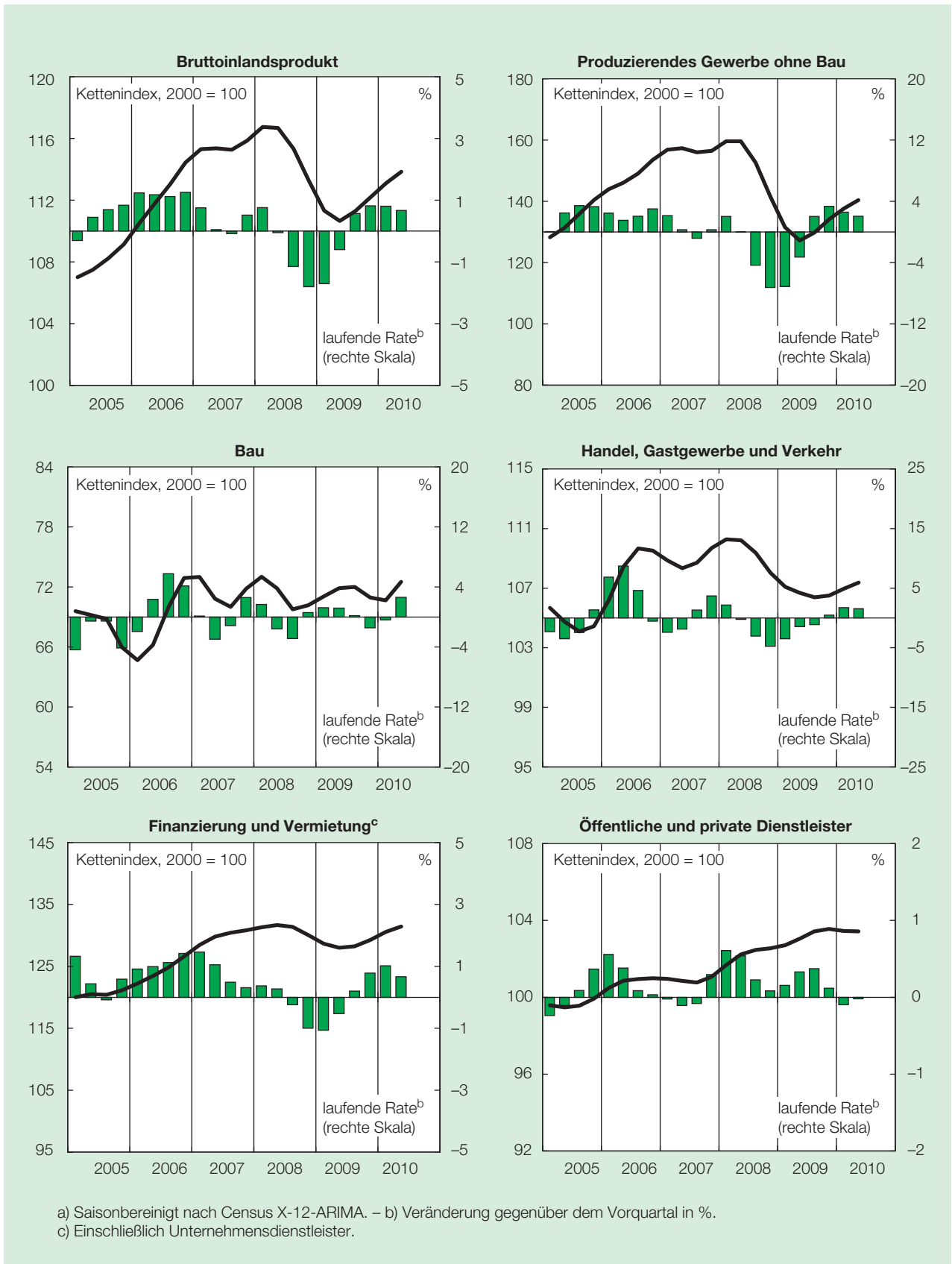
* Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München tätig.

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Sachsen, preisbereinigte Vierteljahresergebnisse

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Gütersteuern abzgl. Subventionen	Bruttowertschöpfung insg.	Bruttowertschöpfung					
				Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr in %									
1 2008	1,2	-1,5	1,5	6,7	1,3	3,6	3,3	1,4	0,6
2 2008	1,2	-1,1	1,5	-0,3	1,9	0,1	1,3	1,8	1,4
3 2008	0,1	-0,6	0,2	-0,5	-2,9	0,8	1,1	0,7	1,7
4 2008	-1,4	0,4	-1,5	-1,9	-6,4	-2,9	-0,6	-0,6	1,7
1 2009	-5,7	-0,1	-6,3	-1,7	-20,3	-4,3	-4,5	-2,1	0,8
2 2009	-5,3	2,2	-6,1	-0,3	-21,4	0,9	-2,6	-2,7	0,8
3 2009	-3,3	1,8	-3,9	1,1	-13,7	2,7	-3,4	-2,4	0,9
4 2009	-1,0	2,7	-1,4	3,5	-7,4	3,1	-1,1	-0,8	1,2
1 2010	1,4	-1,8	1,8	1,6	7,0	-5,5	0,0	1,7	0,6
2 2010	3,1	-0,8	3,6	0,9	11,7	4,8	0,4	2,7	0,3

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 1: Trend-Konjunktur-Komponenten von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Sachsen (preisbereinigt, verkettet)^a

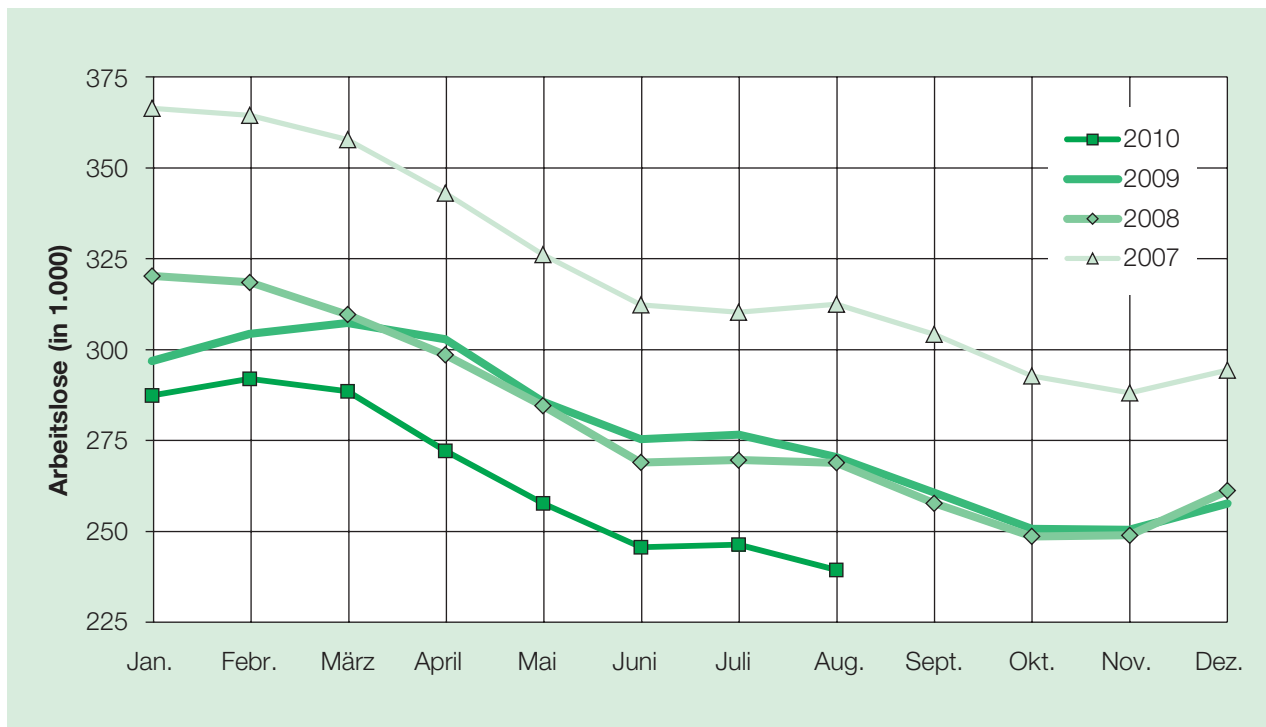


Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

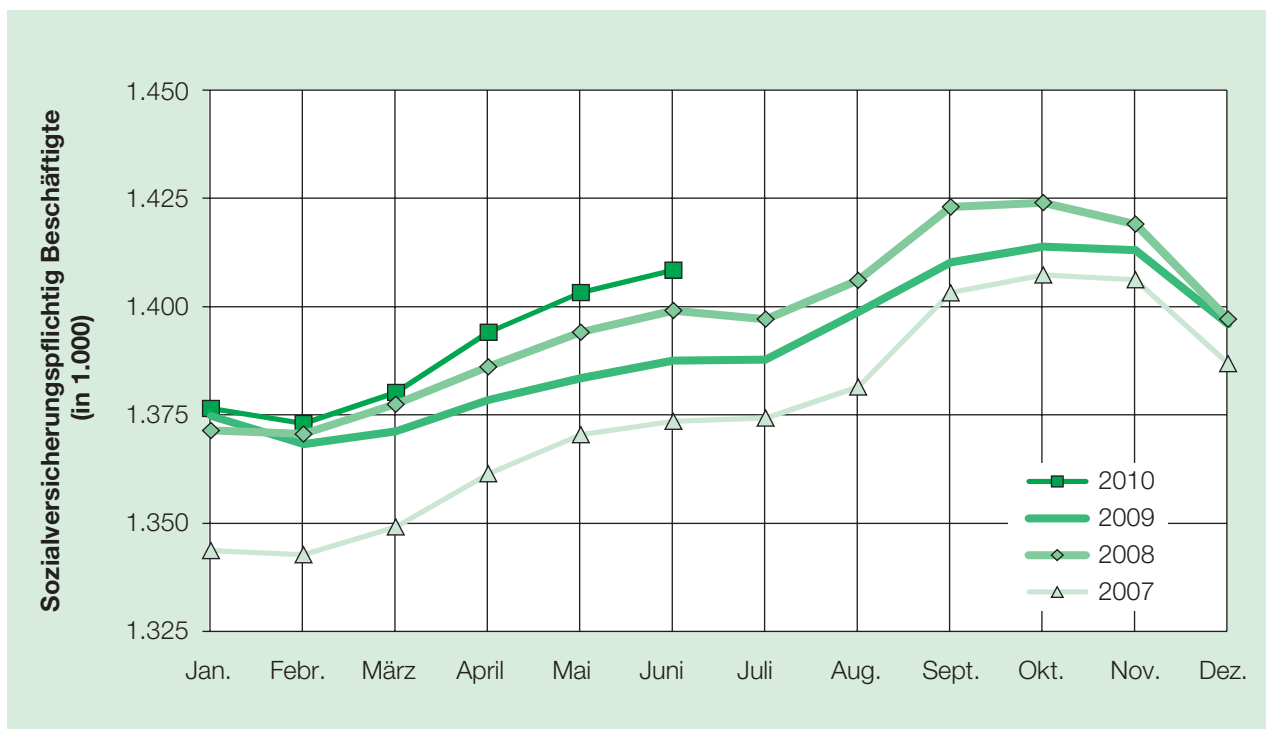
sta

Abbildung 1: Arbeitslose in Sachsen (2007 bis 2010)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen (2007 bis 2010)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 1: Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

Beschäftigung und Zweiter Arbeitsmarkt (in 1.000 Personen)									
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^a			offene Stellen ^b			Beschäftigungsbegleitende Leistungen ^c		
	Jun. 2010	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Aug. 2010	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Aug. 2010	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	750	748	738	9,1	9,4	7,1	18,1	18,5	19,5
Mecklenburg-Vorp.	525	522	521	6,7	7,0	5,8	12,2	12,2	12,9
Sachsen	1.408	1.403	1.387	16,4	17,1	13,0	33,2	33,5	34,8
Sachsen-Anhalt	748	748	742	8,9	8,8	7,5	20,2	20,7	21,3
Thüringen	737	735	727	11,6	11,9	8,3	16,9	17,1	17,1
D Ost (mit Berlin)	5.288	5.276	5.216	62,9	63,8	50,4	121,2	122,9	128,2
D West (ohne Berlin)	22.375	22.368	22.164	333,4	326,9	249,5	250,9	251,9	245,2
D gesamt	27.664	27.644	27.380	396,0	390,8	300,0	372,0	374,9	373,5

Arbeitslosigkeit									
	Arbeitslose (in 1.000 Personen)			Arbeitslosenquote ^d (in %)			Langzeitarbeitslose ^e (in % der Arbeitslosen)		
	Aug. 2010	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Aug. 2010	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Aug. 2010	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	142	143	162	10,6	10,7	12,1	33,3	33,3	32,5
Mecklenburg-Vorp.	100	99	112	11,6	11,5	12,8	26,2	26,6	24,5
Sachsen	239	246	270	11,2	11,6	12,6	36,4	36,1	32,4
Sachsen-Anhalt	145	148	164	12,0	12,3	13,3	36,6	36,4	32,7
Thüringen	109	113	132	9,2	9,6	11,1	33,0	32,5	29,0
D Ost (mit Berlin)	969	983	1.082	11,5	11,6	12,8	33,6	33,7	31,1
D West (ohne Berlin)	2.219	2.209	2.390	6,6	6,6	7,1	31,5	31,9	27,8
D gesamt	3.188	3.192	3.472	7,6	7,6	8,3	32,2	32,4	28,8

a) Die Zahlen zur Beschäftigung werden mit zweimonatiger Verzögerung veröffentlicht. – b) Als gemeldete Stellen gelten der Bundesagentur für Arbeit gemeldete und zur Vermittlung freigegebene Stellen mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als 7 Kalendertagen. – c) Ab dem Heft 5/2008 von „ifo Dresden berichtet“ werden aufgrund fehlender Datenaktualisierungen der amtlichen Statistik die Werte der „Beschäftigungsbegleitenden Leistungen“ ausgewiesen. Diese umfassen die „Förderung abhängiger Beschäftigung“ sowie die „Förderung der Selbständigkeit“. Die Werte sind nicht mit Angaben früherer Hefte zur „Direkten Förderung regulärer Beschäftigung“ vergleichbar. – d) In % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – e) Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsagenturen arbeitslos gemeldet waren. Angaben ohne zugelassene kommunale Träger (Optionskommunen), da für diese bisher keine vollständigen Daten zu Langzeitarbeitslosen vorliegen.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest

rl

Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft Sachsens

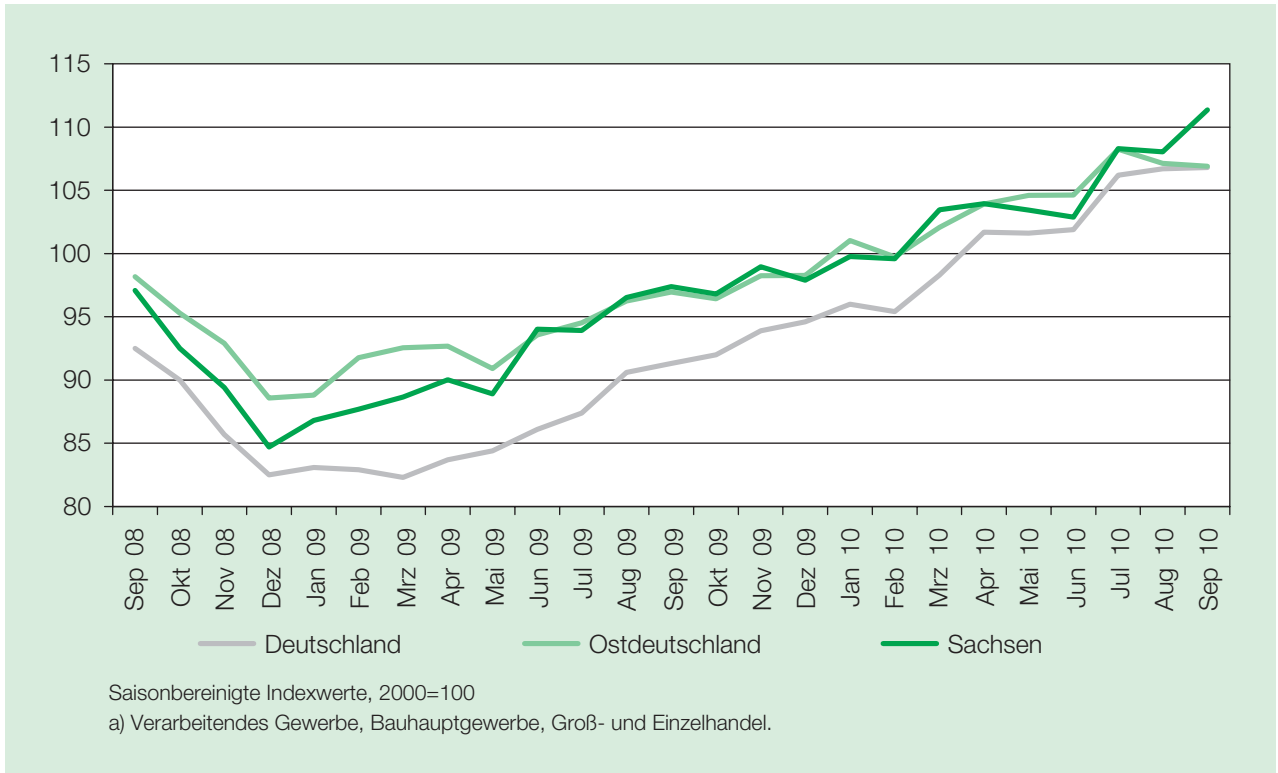
Zum Herbstbeginn hat sich die Stimmung der sächsischen und deutschen Unternehmen insgesamt aufgehellt. Der ifo Geschäftsklimaindex der gewerblichen Wirtschaft Deutschlands ist im September erneut gestiegen. Das Geschäftsklima in den neuen Bundesländern verschlechterte sich das zweite Mal in Folge. In der gewerblichen Wirtschaft Sachsens hingegen ist der Klimaindex auf ein neues Rekordhoch von 111,4 Indexpunkten gestiegen. Seit dem Beginn der Befragung von sächsischen Unternehmen im Rahmen des ifo Konjunkturtestes war die Stimmung in der hiesigen Wirtschaft noch nie so gut. Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren die Meldungen der Befragungsteilnehmer zu ihrer aktuellen Geschäftssituation, welche die sächsischen Unternehmen per saldo erheblich besser beurteilten als im Vormonat. Zudem gehen die Firmen insgesamt von einer deutlich günstigeren Geschäftsentwicklung im kommenden halben Jahr aus.

Schwerpunkt: Entwicklung im sächsischen Handel

Seit Jahresbeginn hat sich die Stimmung im sächsischen Handel kräftig verbessert. Das Geschäftsklima

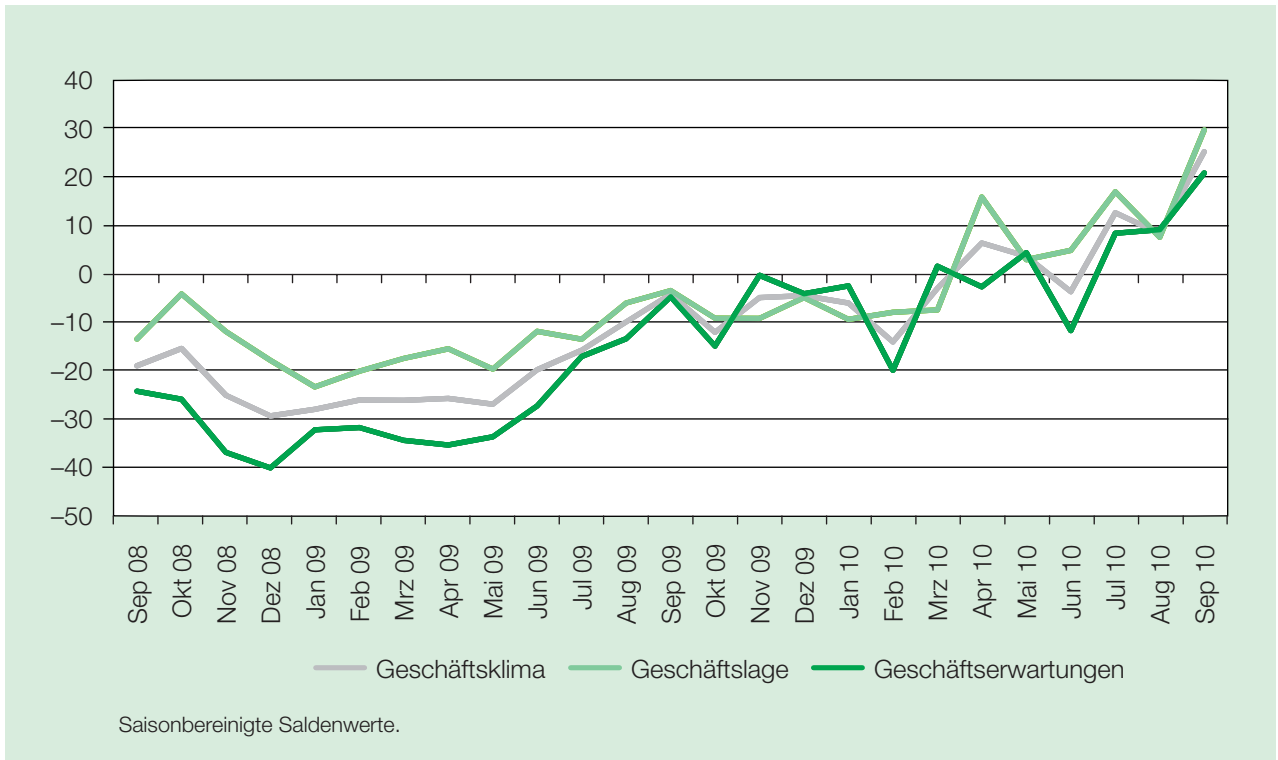
erreichte im Monat September saisonbereinigt seinen höchsten Wert seit der Durchführung des Konjunkturtestes in Sachsen. Verantwortlich für dieses neue Hoch sind die Angaben der Großhändler zu ihrer aktuellen Geschäftslage. Annähernd jedes zweite sächsische Großhandelsunternehmen bewertete per saldo seine derzeitige wirtschaftliche Situation mit „gut“. Auch die Firmen im Einzelhandel sind mit ihrer Geschäftslage erheblich zufriedener als im Vormonat. Bei den Geschäftserwartungen im kommenden halben Jahr war in beiden Handelsabteilungen deutlich mehr Optimismus feststellbar. Die Unternehmen in Groß- und Einzelhandel schätzten die Geschäftsentwicklung in der nahen Zukunft mehrheitlich mit „günstiger“ ein. Auch die Umsatzlage hat sich den Meldungen der Befragungsteilnehmer zufolge im September insgesamt wieder verbessert. Nach Angaben der amtlichen Statistik konnten die Großhändler einen nominalen Umsatzanstieg um 4,6 % und die Unternehmen im Einzelhandel von 1,5 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verzeichnen. Aufgrund weiterhin sinkender Arbeitslosenzahlen sowie dem Anstieg der Reallöhne im 2. Quartal 2010 ist davon auszugehen, dass sich die Konsumausgaben der privaten Haushalte festigen werden und insbesondere der Einzelhandel vermehrt von dieser Entwicklung profitieren wird.

Abbildung 1: Geschäftsklimaindex Gewerbliche Wirtschaft^a Deutschlands, Ostdeutschlands und Sachsens im Vergleich



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 2: Geschäftsklima im Handel Sachsens und seine Komponenten, die Geschäftslage- und Geschäftserwartungssalden



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Tabelle 1: Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest
Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen im Vergleich**

Region	Deutschland		Ostdeutschland		Sachsen	
	3. Quartal 2010	2. Quartal 2010	3. Quartal 2010	2. Quartal 2010	3. Quartal 2010	2. Quartal 2010
Verarbeitendes Gewerbe						
Auftragsbestand (in Monaten ^a)	2,7	2,5	2,8	2,6	2,9	3,0
Kapazitätsauslastung (in % ^a)	82,3	80,1	79,8	79,1	81,4	80,8
Exportgeschäft Erwartungen ^b	18,2	21,6	8,8	10,3	8,7	6,0
Beschäftigtenzahl Erwartungen ^b	-0,5	-6,6	-5,0	-3,1	-0,3	2,3
Verkaufspreise Erwartungen ^b	10,6	9,0	8,3	6,5	6,1	0,8
Bauhauptgewerbe						
Auftragsbestand (in Monaten ^a)	2,4	2,5	2,1	2,2	2,2	2,2
Kapazitätsauslastung (in % ^a)	69,9	67,6	72,1	69,3	70,8	67,2
Beschäftigtenzahl Erwartungen ^b	-8,9	-11,2	-8,8	-12,9	-5,2	-14,2
Baupreise Erwartungen ^b	-13,6	-15,0	-12,2	-12,4	-7,6	-9,8
Großhandel						
Umsatz gegenüber Vorjahr ^b	25,0	14,0	30,3	5,7	54,0	12,3
Bestellpläne ^b	11,4	2,1	12,2	0,6	26,6	4,7
Verkaufspreise Erwartungen ^b	30,5	26,0	37,3	35,3	21,2	48,4
Einzelhandel						
Umsatz gegenüber Vorjahr ^b	16,0	-6,7	-1,0	-13,3	3,3	-13,3
Bestellpläne ^b	-3,0	-10,4	-7,5	-11,7	-11,9	-14,7
Verkaufspreise Erwartungen ^b	5,5	7,8	19,3	23,2	8,7	16,8

Anmerkung: Die Angaben basieren auf saisonbereinigten Werten (Ausnahme: Umsatz gegen Vorjahr).
a) Durchschnitte. – b) Salden der Prozentanteile von positiven und negativen Unternehmensmeldungen.

Quelle: ifo Konjunkturtest.

ifo Veranstaltungen

Am **18. und 19. November 2010** findet in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden der **5. Workshop „Makroökonomik und Konjunktur“** statt. Der zweitägige Workshop wird gemeinsam von der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg und dem Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut organisiert. Er soll ein Forum für den Austausch und die Diskussion von aktuellen Forschungsergebnissen aus dem Bereich der Makroökonomik bieten und gleichzeitig zur besseren Vernetzung der Konjunkturforschung beitragen.

ifo Vorträge

Marcel Thum, Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden sprach am **13. September 2010** auf einer Anhörung des „Ausschusses für Soziales und Verbraucherschutz“ im Sächsischen Landtag zum Thema „Auswirkungen der Kürzungen im Sozialhaushalt“.

Dr. Joachim Ragnitz, Managing Director der Niederlassung Dresden des ifo Instituts, nahm am **15. September 2010** an einer Anhörung des Finanz- und Haushaltsausschusses des Sächsischen Landtags zum Thema „Revolverende Fonds“ teil. Darüber hinaus stand er dem Ausschuss am **06. Oktober 2010** als Sachverständiger zum Thema „Novellierung des kommunalen Finanzausgleichs in Sachsen“ zur Verfügung.

Am **17. September 2010** war Joachim Ragnitz Gast in einer Klausurtagung der ostdeutschen SPD-Bundestagsabgeordneten in Berlin und hielt dort einen Vortrag zum Thema „Wirtschaftspolitische Handlungsbedarfe in Ostdeutschland“. Am gleichen Tag berichtete er dem Botschafter der Republik Korea über die Erfahrungen mit der deutschen Vereinigung und daraus ableitbaren Schlussfolgerungen für den Vereinigungsprozess auf der koreanischen Halbinsel.

Des Weiteren nahm er am **21. September 2010** an einem VASAB-Expertenworkshop in Minsk (Weißrussland) teil. Hier ging es um die Möglichkeiten einer verstärkten Kooperation von ländlichen und städtischen Regionen mit dem Ziel, die regionale Wirtschaftsentwicklung zu verbessern.

Vom **20.–23. September 2010** war Marcel Thum Gastforscher am Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock und an der Universität Rostock. Er hielt dort einen Vortrag zu „Demographic Change and Bank

Des Weiteren wird am **19. und 20. November 2010** der **4. Workshop „Political Economy“** abgehalten. Der Workshop wird gemeinsam von CESifo, der ifo Niederlassung Dresden und der Technischen Universität Dresden veranstaltet. Prominente Hauptredner sind dieses Jahr Friedrich Schneider (Universität Linz) und Ben Lockwood (Universität Warwick).

Weiterführende Informationen zu den Workshops finden Sie auch auf der Homepage von ifo Dresden (www.ifo-dresden.de) unter der Rubrik Veranstaltungen.

Profitability. Empirical Evidence from German Savings Banks“.

Am **27. September 2010** hielt Joachim Ragnitz einen Vortrag anlässlich eines Tischgesprächs der Konrad-Adenauer-Stiftung in Erfurt zum Thema „Perspektiven der Wirtschaft in Mitteldeutschland“.

Im Rahmen der Fortbildung für US-amerikanische Sozialkundeführer „Atlantikbrücke e.V.“ des Sächsischen Bildungsinstituts referierten Anna Montén und Katja Baum, Doktorandinnen der Niederlassung Dresden des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, am **27. September 2010** zum Thema „Economic and Demographic Trends in Saxony“.

Am **06. Oktober 2010** nahm Joachim Ragnitz zudem an einer Tagung des Bundesministeriums des Innern (BMI) zum Thema „Aufbau Ostdeutschland“ teil und präsentierte dort Forschungsergebnisse des Instituts zur regionalen Differenzierung innerhalb Ostdeutschlands.

Am **08. Oktober 2010** hielt er den Festvortrag zum Thema „Perspektiven der ostdeutschen Industrie“ anlässlich der Jahresversammlung der Arbeitgeberverbände der ostdeutschen Papierindustrie in Dresden.

Gleichfalls auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung stellte er am **9. Oktober** in Cadenabbia (Italien) die Forschungsergebnisse des ifo Instituts zur „Cleantech-Wirtschaft“ in Ostdeutschland vor.

Marcel Thum referierte am **16. Oktober 2010** auf der CESifo Area Conference on Energy and Climate Economics in München über „Adaptation, Mitigation and Global Risk-Taking“.

ifo Veröffentlichungen

ifo Dresden Studie 50: Sächsischer Technologiebericht 2009.

Joachim Ragnitz, Heinz Schmalholz, Björn Ziegenbalg, Birgit Gehrke, Ulrich Schasse, 426 S., zahlreiche Abbildungen und Tabellen, München/Dresden 2010. ISBN 3-88512-497-9, 25,- €, zzgl. Versandkosten.

Der Sächsische Technologiebericht stellt das Innovationsgeschehen im Freistaat Sachsen sowie dessen Potenziale und Rahmenbedingungen dar. Dabei wird die Position Sachsens mittels eines Benchmarking nicht nur im Binnenvergleich, sondern auch im internationalen Kontext bestimmt. Detaillierte Analysen einzelner Technologiebereiche sowie des Innovationsgeschehens und des Technologiestandorts insgesamt bilden das Fundament für eine SWOT-Analyse, die der Technologie- und Innovationspolitik der Staatsregierung Orientierungspunkte an die Hand gibt, um daraus mögliche Entwicklungspfade für Innovationsfähigkeit und technologische Leistungsfähigkeit des Freistaats abzuleiten. Die daraus resultierenden Handlungsempfehlungen werden auch vor dem Hintergrund globaler Szenarien, wie dem Ressourcenverbrauch und dem technologischen Wettbewerb, aber auch sachsenspezifischer Szenarien, wie der demographischen Entwicklung diskutiert.

ifo Dresden Studie 52: Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Ausgabenstruktur künftiger Haushalte.

Joachim Ragnitz, Helmut Seitz, 240 S., zahlreiche Abbildungen und Tabellen, München/Dresden 2010. ISBN 3-88512-498-6, 20,- €, zzgl. Versandkosten.

Die demographische Entwicklung erzwingt auf der Ebene der Landespolitik erhebliche Ausgabenkürzungen: Zum einen dürften die öffentlichen Einnahmen aufgrund der Einwohnerbasierung des Länderfinanzausgleichs in den nächsten Jahren sinken und zum anderen sind Umschichtungen in den Haushalten erforderlich, um die Bedarfe der einzelnen Alterskohorten explizit berücksichtigen zu können. In der Studie wird eine Abschätzung der Demographiesensitivität der öffentlichen Ausgaben auf der Ebene der einzelnen Aufgabenbereiche am Beispiel des Landes Mecklenburg-Vorpommern vorgenommen.

Es werden zum einen Altersstrukturmatrizen für die öffentlichen Ausgaben (und Einnahmen) geschätzt, die angeben sollen, in welchem Umfang die Veränderungen der Bevölkerungsstruktur die Nachfrage nach öffentlichen Leistungen beeinflusst. Entsprechende Anpassungen der öffentlichen Leistungserstellung sind nämlich

möglich, ohne dass dies zu einer Verschlechterung der Versorgungsqualität kommen muss. Zum anderen wird überprüft, welche Personalbestände in den einzelnen Verwaltungsbereichen künftig noch notwendig sein werden, um diese Aufgaben zu erfüllen; die Konzentration auf die Personalausgaben ergibt sich daraus, dass es sich hierbei nicht nur um den bedeutsamsten, sondern auch zugleich um den am wenigsten flexiblen Teil der öffentlichen Ausgaben handelt.

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass es durchaus möglich ist, in einem Großteil der Ausgabenbereiche des Landes Mecklenburg-Vorpommern erhebliche Ausgaben einzusparen. Es ist davon auszugehen, dass dies für andere Bundesländer in ähnlicher Weise gilt.

ifo Dresden Studie 53: Methodenexpertise zur Analyse der Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Wirtschaft im Land Brandenburg

Joachim Ragnitz, Stefan Arent, Wolfgang Nierhaus, Beate Schirwitz, Johannes Steinbrecher, Gerit Vogt, Björn Ziegenbalg, 120 S., zahlreiche Abbildungen und Tabellen, München/Dresden 2010. ISBN 3-88512-499-3, 15,- €, zzgl. Versandkosten.

Die Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 hat auch die wirtschaftliche Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern negativ beeinflusst. Am Beispiel des Landes Brandenburg wird dargestellt, wie diese Wirkungen mit Hilfe amtlicher Statistiken analysiert werden können. Erforderlich erscheint dies vor allem auch deswegen, weil nur durch eine ausreichende Informationsbasis geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen getroffen werden können. Die Methodenstudie untersucht darüber hinaus, welche nicht-amtlichen Daten und weiteren Informationsquellen herangezogen werden können, um die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die ökonomische Entwicklung im Bundesland Brandenburg analysieren zu können.

Neben der Erhebung vorhandener amtlicher und nicht-amtlicher Daten werden Ansätze vorgestellt und diskutiert, die es ermöglichen, diese im Kontext der Fragestellung zu analysieren. Insbesondere werden Methoden der aggregierten Konjunkturbeobachtung und -prognose auf Länder- und Kreisebene, zur Beurteilung und zum Vergleich der Struktur und Wettbewerbsfähigkeit einzelner Standorte, zur Ableitung erwarteter gesamtwirtschaftlicher Strukturrends und zur Analyse einzelbetrieblicher Daten in die Studie einbezogen.

Diese Publikationen können in der ifo Niederlassung Dresden bei Katrin Behm bestellt werden (Telefon 0351/26476-12, Fax 0351/26476-20 oder per Email behm@ifo.de).

Weitere Veröffentlichungen

Ragnitz, Joachim: Föderalismusreform II: Zur Frage des Controlling der Konsolidierungshilfen, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Heft 3/2010, S. 260–269.

ifo intern

Im Frühjahr 2009 hatte sich **Katrin Behm**, Forschungsassistentin der ifo Niederlassung Dresden, in Mutterschutz und Elternzeit verabschiedet. Zum 01. Oktober 2010 hat sie ihre Arbeit für ifo Dresden wieder aufgenommen und ist wie bisher für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Herausgabe der Publikationen sowie die hauseigene Bibliothek zuständig. Das Team von ifo Dresden möchte sich an dieser Stelle noch einmal bei **Anja Ziesche** für die kompetente und engagierte Vertretung

bedanken. Wir wünschen ihr auf diesem Weg viel Erfolg für ihre weitere berufliche und persönliche Entwicklung.

Zum 01. November 2010 wird das Wissenschaftlerteam von ifo Dresden durch **Michael Kloß** verstärkt. Er hat gerade sein Masterstudium der Volkswirtschaftslehre an der Humboldt-Universität in Berlin abgeschlossen und wird als Doktorand vor allem im Bereich der Arbeitsmarkt- und Konjunkturforschung tätig sein.

ifo Dresden Studie Nr. 50

Sächsischer Technologiebericht 2009

*Joachim Ragnitz, Heinz Schmalholz,
Björn Ziegenbalg, Birgit Gehrke,
Ulrich Schasse*
ISBN 978-3-88512-497-9

**426 Seiten,
zahlreiche Abbildungen und Tabellen,
München/Dresden 2010.
25,- € zzgl. Versandkosten.**

Der Sächsische Technologiebericht stellt das Innovationsgeschehen im Freistaat Sachsen sowie dessen Potenziale und Rahmenbedingungen dar. Dabei wird die Position Sachsens mittels eines Benchmarking nicht nur im Binnenvergleich, sondern auch im internationalen Kontext bestimmt. Detaillierte Analysen einzelner Technologiebereiche sowie des Innovationsgeschehens und des Technologiestandorts insgesamt bilden das Fundament für eine SWOT-Analyse, die der Technologie- und Innovationspolitik der Staatsregierung Orientierungspunkte an die Hand gibt, um daraus mögliche Entwicklungspfade für Innovationsfähigkeit und technologische Leistungsfähigkeit des Freistaats abzuleiten.

Die daraus resultierenden Handlungsempfehlungen werden auch vor dem Hintergrund globaler Szenarien, wie dem Ressourcenverbrauch und dem technologischen Wettbewerb, aber auch sachsenspezifischer Szenarien, wie der demographischen Entwicklung diskutiert.

ifo Institut für Wirtschaftsforschung
Niederlassung Dresden

Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Ausgabenstruktur künftiger Haushalte

Joachim Ragnitz, Helmutz Seitz
ISBN 978-3-88512-498-6

240 Seiten,
zahlreiche Abbildungen und Tabellen,
München/Dresden 2010.
20,- € zzgl. Versandkosten.

Die demographische Entwicklung erzwingt auf der Ebene der Landespolitik erhebliche Ausgabenkürzungen: Zum einen dürften die öffentlichen Einnahmen aufgrund der Einwohnerbasierung des Länderfinanzausgleichs in den nächsten Jahren sinken und zum anderen sind Umschichtungen in den Haushalten erforderlich, um die Bedarfe der einzelnen Alterskohorten explizit berücksichtigen zu können. In der Studie wird eine Abschätzung der Demographiesensitivität der öffentlichen Ausgaben auf der Ebene der einzelnen Aufgabenbereiche am Beispiel des Landes Land Mecklenburg-Vorpommern vorgenommen.

Es werden zum einen Altersstrukturmatrizen für die öffentlichen Ausgaben (und Einnahmen) geschätzt, die angeben sollen, in welchem Umfang die Veränderungen der Bevölkerungsstruktur die Nachfrage nach öffentlichen Leistungen beeinflusst. Entsprechende Anpassungen der öffentlichen Leistungserstellung sind nämlich möglich, ohne dass dies zu einer Verschlechterung der Versorgungsqualität kommen muss.

Zum anderen wird überprüft, welche Personalbestände in den einzelnen Verwaltungsbereichen künftig noch notwendig sein werden, um diese Aufgaben zu erfüllen; die Konzentration auf die Personalausgaben ergibt sich daraus, dass es sich hierbei nicht nur um den bedeutsamsten, sondern auch zugleich um den am wenigsten flexiblen Teil der öffentlichen Ausgaben handelt.

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass es durchaus möglich ist, in einem Großteil der Ausgabenbereiche des Landes Mecklenburg-Vorpommern erhebliche Ausgaben einzusparen. Es ist davon auszugehen, dass dies für andere Bundesländer in ähnlicher Weise gilt.



Institut für Wirtschaftsforschung
Niederlassung Dresden

Methodenexpertise zur Analyse der Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Wirtschaft im Land Brandenburg


Joachim Ragnitz, Stefan Arent, Wolfgang Nierhaus, Beate Schirwitz, Johannes Steinbrecher, Gerit Vogt, Björn Ziegenbalg
ISBN 978-3-88512-499-3

120 Seiten,
zahlreiche Abbildungen und Tabellen,
München/Dresden 2010.
15,- € zzgl. Versandkosten.

Die Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 hat auch die wirtschaftliche Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern negativ beeinflusst. Am Beispiel des Landes Brandenburg wird dargestellt, wie diese Wirkungen mit Hilfe amtlicher Statistiken analysiert werden können. Erforderlich erscheint dies vor allem auch deswegen, weil nur durch eine ausreichende Informationsbasis geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen getroffen werden können. Die Methodenstudie untersucht darüber hinaus, welche nicht-amtlichen Daten und weiteren Informationsquellen herangezogen werden können, um die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die ökonomische Entwicklung im Bundesland Brandenburg analysieren zu können.

Neben der Erhebung vorhandener amtlicher und nicht-amtlicher Daten werden Ansätze vorgestellt und diskutiert, die es ermöglichen, diese im Kontext der Fragestellung zu analysieren.

Insbesondere werden Methoden der aggregierten Konjunkturbeobachtung und -prognose auf Länder- und Kreisebene, zur Beurteilung und zum Vergleich der Struktur und Wettbewerbsfähigkeit einzelner Standorte, zur Ableitung erwarteter gesamtwirtschaftlicher Strukturtrends und zur Analyse einzelbetrieblicher Daten in die Studie einbezogen.

 **ifo** Institut für Wirtschaftsforschung
Niederlassung Dresden